

1. Der SFB vor dem Hintergrund Berliner Zeitgeschichte (1949-61)

1.1 Die Entstehung des Fernsehens in Deutschland

Das Fernsehen ist das Medium, welches seit seiner Erfindung - unterbrochen durch den II. Weltkrieg - den größten Fortschritt zu verzeichnen hatte, was die Möglichkeiten der Information, aber auch der Manipulation eines immer größer werdenden Publikums anbelangt. So nimmt es nicht Wunder, daß seine Anfänge, die in die Zeit des Nationalsozialismus fielen, begleitet waren von der Vorstellung, aus dem neuen Medium ein noch wirksameres Propagandainstrument zu machen als es der bereits existierende Rundfunk war.

Der Rundfunk war seit der "Rundfunkreform" von 1932 direktem staatlichem Zugriff ausgesetzt. Die Staatsorgane verfügten, daß täglich eine 30minütige "Stunde der Reichsregierung" ausgestrahlt wurde. Den Rundfunkgesellschaften wurden Staatskommissare zur Seite gestellt, die Kontrolle über das Programm ausübten.¹⁵

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten am 30.1.1933 wurde der Rundfunk dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda unter der Leitung von Joseph Goebbels unterstellt, die regionalen Rundfunksender wurden der Reichs-Rundfunkgesellschaft angeschlossen. Auf seine Veranlassung hin wurde die RRG am 1. Januar 1939 in "Großdeutscher Rundfunk" umbenannt.

Ende der zwanziger Jahre hatte die Post in Witzleben einen Versuchsbetrieb mit stummen Bildern begonnen, was von den Intendanten der Rundfunksender zunächst mit Argwohn betrachtet worden war. Im Frühjahr 1934 dann begann die RRG mit eigenen Fernsehversuchen im Haus des Rundfunks an der Masurenallee, zur Funkausstellung 1934 wurde der baldige Beginn des Fernsehbetriebs durch Reichssendeleiter Eugen Hadamovsky angekündigt. Hadamovsky wollte mit dem neuen Medium "das Bild des Führers in alle deutschen Herzen pflanzen."¹⁶

¹⁵

Hier spricht Berlin - 75 Jahre Haus des Rundfunks - 75 Jahre Radiogeschichte, rbb 2006, S. 3

¹⁶Ebd., S. 4

Er hatte den Ehrgeiz, einen "nationalsozialistischen Fernsehrundfunk" zu schaffen, und zwar bevor die BBC ihrerseits den regulären Sendebetrieb aufnahm. Nach einigen Querelen wurde die technische und programmliche Hoheit durch einen Führererlaß geregelt. Für die Technik waren Post und Luftfahrtministerium, also Hermann Göring, zuständig, für das Programm die RRG und damit das Propagandaministerium. Am 22. März 1935 konnte im Haus des Rundfunks der erste regelmäßige Fernsehprogrammdienst der Welt eröffnet werden. Zunächst kamen drei Mal pro Woche Sendungen aus dem Haus des Rundfunks in der Masurenallee, dann zogen die Fernsehmacher in das posteigene Studio in der Charlottenburger Rognitzstraße.¹⁷

Am 19.3.1937 wurde Reichssendeleiter Hadamovsky durch den Reichsintendanten Heinrich Glasmeier abgelöst.

Die Produktion von Fernsehempfängern verlief allerdings nur schleppend, sodaß die Post dazu überging, sogenannte Fernsehstellen zu schaffen, in denen man kollektiv gucken konnte. Das Programmangebot des Fernsehsenders Witzleben im Jahre 1936 bestand aus:

1. Aktueller Bildbericht
2. Künstler stellen sich vor
3. Querschnitt aus Tonfilmen (oder ein einzelner Tonfilm)
4. Kulturfilm

Quelle: Berlin hört und sieht 1936¹⁸

Es gab viele Zusammenschnitte aus Wochenschauen und Übernahmen von UFA-Filmen. Die Funkausstellung 1937 brachte dann aber schon eine dreistündige Fernsehübertragung. Ab November 1938 war ein Fernsehstudio im

¹⁷Ebd. S. 4

¹⁸Vgl. Knut Hickethier: Geschichte des Deutschen Fernsehens, Weimar 1998, S. 45

Deutschlandhaus am Adolf-Hitler-Platz (heutiger Theodor-Heuss-Platz) in Betrieb, das z.B. die Produktion von Sendereihen ermöglichte.

Am 28.7.1939 kam der erste Volks-Fernseh-Empfänger auf den Markt. Von den geplanten 10 000 wurden allerdings nur 50 Empfänger ausgeliefert; mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs am 1. September 1939 wurden die Produktionskapazitäten der Industrie für die Rüstung benötigt.

Der Sendebetrieb wurde allerdings nur kurzzeitig eingestellt, ab November 1939 ging der reguläre Fernsehbetrieb in Berlin weiter. Ein Auszug:

Fernsehsender "Paul Nipkow" - Fernsehprogramm Sonntag, 10.3.1940

15.00 Uhr: "Feldzug in Polen". Film

16.10 Uhr: Pause

18.00 Uhr: "Feldzug in Polen". Film

19.10- "Bereitschaft - Opfergang - Vermächtnis". Ein Mahnmal der Gefallenen

20.10 Uhr: des Weltkrieges und der Bewegung. Spielleitung: Herbert Engler.

Quelle: Berlin hört und sieht 1940, vgl. Knut Hickethier, Geschichte des deutschen Fernsehens

Bis zur Zerstörung des Senders am 23.11.1943 durch britische Bomber sendete man ein Durchhalteprogramm zunächst noch in die kollektiven Fernsehstuben, dann zur Truppenbetreuung in die Berliner Lazarette.

Mit Beendigung des Zweiten Weltkriegs am 8. Mai 1945 waren die USA das einzige Land, in dem es Fernsehen gab. Bei der sogenannten "Re-education" der Deutschen sollten aber sowohl Runkfunk als auch Fernsehen einen wichtige Rolle spielen.

Die Radiosender wurden unter militärische Verwaltung gestellt und reorganisiert. Prämisse war dabei, daß es weder ein staatlich organisierter noch ein kommerziell orientierter Rundfunk werden sollte; so kam es zu dem Konstrukt des öffentlich-

rechtlichen Rundfunks. Vorbild war die BBC, und der energischste Betreiber des Aufbaus war der britische Leiter des Senders Hamburg, Hugh Carleton Greene. Interessant ist in diesem Zusammenhang die gegenwärtige Diskussion, bei der es darum geht, daß der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff den NDR neugestalten will. Künftig sollen sechs der zwölf Mitglieder des NDR-Verwaltungsrates durch die Landesregierungen besetzt werden. Der Intendant des NDR, Jobst Plog, weist dieses schärfstens zurück mit der Bemerkung, daß der NDR in der Tradition der BBC stehe und nicht eines Staatsrundfunks.

Die Vorbereitungen für den Wiederbeginn des Fernsehens wurden zunächst in Hamburg getroffen, wo sich nach 1945 zahlreiche ehemalige Mitarbeiter des NS-Fernsehens eingefunden hatten.

Staatsferne und Unabhängigkeit von wirtschaftlichen Gruppen waren die Grundprinzipien der von den Länderparlamenten ab 1948 verabschiedeten Rundfunkgesetze.

Noch vor Gründung der Bundesrepublik entstanden die Rundfunkanstalten BR (Bayerischer Rundfunk), SDR (Süddeutscher Rundfunk), SWF (Südwestfunk), HR (Hessischer Rundfunk), RB (Radio Bremen) und NWDR (Nordwestdeutscher Rundfunk). Letzterer verfügte über das größte Sendegebiet - es umfaßte mehr als die Hälfte der Bevölkerung in den drei Westzonen - und war somit die finanziell stärkste Anstalt. Ab 1948 widmete man sich unter Einbeziehung von Mitarbeitern der Reichsfernsehgesellschaft der Weiterentwicklung des Fernsehens. Der Neuanfang war geprägt von Persönlichkeiten wie Emil Dovifat, der schon vor 1945 Publizistik-Ordinarius in Berlin war und nun im Verwaltungsrat des NWDR saß.

Dort hatte man den Anspruch, den Sendebetrieb aufzunehmen, bevor die DDR mit dem Fernsehen beginnen würde. Am 25.9.1950 konnte dann der erste Fernseh-Versuchsbetrieb der Presse vorgestellt werden. Generaldirektor Adolf Grimme legte dabei Wert auf das kulturelle Element im Programm. Mit der Wahl seines Programmdirektors hatte er allerdings keine glückliche Hand; Werner Pleister war im Dritten Reich Parteimitglied und hatte im Berliner Sender gearbeitet.

Im Jahre 1950 kam es dann zur Gründung der ARD (Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands), ein zunächst eher lockerer Zusammenschluß der Anstalten zwecks besserer Koordinierung von Technik und Programm.

Nach weiteren drei Jahren Erprobungsphase, während denen man sich an der BBC orientierte, ging der NWDR am 25.12.1952 mit dem ersten offiziellen Fernsehprogramm auf Sendung.

Aufgrund zunächst vorhandener Problemen mit den Richtfunkstrecken sollte es aber noch bis zum 1.11.1954 dauern, bis das gemeinsame ARD-Programm "Deutsches Fernsehen" starten konnte.

Zusammenfassung:

Für den Aufbau des Rundfunks im Nachkriegsdeutschland war relevant, daß man auf die technischen Errungenschaften und das Personal der Vorkriegszeit - d.h. der Reichsrundfunkgesellschaft - zurückgreifen konnte. Allerdings sollte der Rundfunk getreu den Prinzipien der Alliierten zum einen staatsfern und zum anderen nicht privatwirtschaftlich organisiert sein. Dem Ansinnen der Parteien, in den Gremien der Sender vertreten zu sein, wurde in der Folge durch Änderung der Statuten mehr stattgegeben, als es Hugh Carlton Greene, der die Verhandlungen für die britische Besatzungszone führte, recht war: "...In meiner Rede im großen Konzertsaal, wo ich mich vor mehr als zwei Jahren zum ersten Mal an die NWDR-Mitarbeiter gewandt hatte, unterstrich ich...daß der öffentlich-rechtliche Rundfunk staatlichen und parteipolitischen Zwängen soweit wie möglich entzogen sein muß...Als ich vom Podium herunterkam, knurrte mir Herr Brauer, der Bürgermeister von Hamburg, leise, aber unüberhörbar feindselig ins Ohr: "Sie werden Ihr Ziel nicht erreichen, Mr. Greene. Sie werden es nicht erreichen."¹⁹

¹⁹Aus: Wikipedia, http://de.wikipedia.org/wiki/Hugh_Greene, gesehen am 24.11.06, 9.25 Uhr

1.2 Vom NWDR zum SFB – die Vorgeschichte des Senders Freies Berlin

Im Januar 1949 wurden in der Presse verstärkt Forderungen laut, dass Berlin einen eigenen deutschen Sender bekommen sollte. Der RIAS als amerikanischer Sender widerspiegelte nicht in vollem Umfang die Interessen und Belange der Berliner Bevölkerung. Im britischen Sektor konnte als einziger deutscher Sender der „Berliner Rundfunk“ empfangen werden. Dies nahm der „Tagesspiegel“ am 26. Januar 1949 zum Anlass, einen deutschen Sender zu fordern, um der Beeinflussung durch den „kommunistischen“ Sender Paroli bieten zu können.

Nach der Kündigung des deutschen RIAS-Intendanten, Erfried Heinecke, durch die Amerikaner nahm dieser in einem Tagesspiegel-Artikel vom 24.4.1949 Stellung zur Rolle Berlins in der Nachkriegsordnung des deutschen Rundfunks. Die Existenz des Berliner NWDR hielt er für ebenso ungenügend, um die Berliner Interessen zu vertreten, wie den Sender einer Besatzungsmacht.

Am 27. Juni 1949 stellte die CDU in der Stadtverordnetenversammlung den Antrag auf Inbetriebnahme eines eigenen Berliner Rundfunksenders.

Der Stadtverordnete Weigelt kam in der Debatte zu dem Schluss: „In diesem Sinne sind wir uns, glaube ich, einig, baldmöglichst Berlin wieder einen Funk zu geben, der da beginnt: Hier ist die Stimme Berlins!“²⁰

Obschon die Initiative von der CDU ausging, konnte auch die regierende SPD nicht umhin, die Forderungen nach einem eigenen Sendeorgan für Berlin zu unterstützen. Die Frage war aber noch, ob es eine „Stimme Berlins im NWDR“ werden sollte und wie die Gebührenfrage zu klären wäre. Der NWDR war durchaus bereit, ein Berliner Regionalprogramm über eine Strecke von 18 Stunden täglich einzurichten, wenn dafür im Gegenzug 50% des Gebührenaufkommens,

²⁰ Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin, II. Wahlperiode, Drucksache Nr. 208, 27.06.1949, Staatsbibliothek Berlin

das bis dato der Bundespost zufiel, an ihn weitergeleitet würde.

Am 22. Dezember 1949 erließen die Alliierten ein prophylaktisches Veto gegen einen neuen Berliner Sender. Nichtsdestotrotz nahm am 8. März 1950 Dr. Herbert Antoine, Bezirksvorstand der SPD Zehlendorf und Mitglied des „Allgemeinen Radiobundes Deutschland“, seine Tätigkeit als Rundfunkreferent auf. Sein Ziel war es, den NWDR von der Notwendigkeit eines eigenen Berliner Senders zu überzeugen; der NWDR wiederum musste zunächst die britische Militärregierung um Sendeerlaubnis für den NWDR Berlin bitten.

Auch die Bundesregierung beschäftigte sich mittlerweile mit dem Thema. In einem Schreiben des damaligen Innenministers Heinemann an Bundeskanzler Adenauer schrieb dieser, dass der Rundfunk wohl das letzte Mittel sei, dem Auseinanderleben der Deutschen in Ost und West in gewissem Umfang entgegenzuwirken.²¹

Heinemann bat Adenauer, sich bei den Alliierten für einen Berliner Sender mit voller Sendestärke einzusetzen. Einstweilen musste man aber mit der Athlone-Welle, einer irischen Mittelwelle, vorlieb nehmen, auf der der NWDR Berlin sein Programm erweitern konnte.

Rundfunkreferent Dr. Antoine wurde es dennoch nicht müde, auf der Idee eines eigenen Berliner Senders zu beharren:

„Niemand wird bestreiten, dass Berlin...ebenso wie alle anderen Länder einen Anspruch auf eine eigene Rundfunkstimme im Äther erheben kann.“²² Er bezog sich in seiner weiteren Argumentation auf das Vorbild der von Hans von Bredow vor 1933 gegründeten Rundfunkorganisation, die das föderalistische Prinzip zur Grundlage hatte. Der NWDR-Generaldirektor, Adolf Grimme, wies seinerseits darauf hin, dass Berlin mit dem NWDR eigentlich sehr gut fahre, da dieser 4,3 Mio.

²¹ Schreiben BIM an BK, 13.04.1950, zitiert in: Rundfunkpolitik in Berlin 1946-54 von Erik Heinrich, S. 123

²² Herbert Antoine, Berliner Rundfunkfragen, in: Rufer und Hörer 4/1950, S. 241, zitiert in: ebd., S. 124

DM jährlich für den Unterhalt des Berliner Hauses aufwende und die Berliner Sendungen 13-15% des Gesamtprogramms betrügen. In einem Gespräch am 9. Mai 1950 lobten Oberbürgermeister Ernst Reuter und Volksbildungsdezernent Walter May zwar die Aktivitäten des NWDR, wiesen aber dennoch darauf hin, dass die Berliner Bevölkerung qua Bildung eines Rundfunkausschusses in Rundfunkfragen mitwirken wolle.

Dr. Antoine unterbreitete bei diesem Treffen den Vorschlag, den NWDR nach Berlin zu verlegen, fand damit aber keinen Anklang.

Zu dieser Zeit war das Haus des Rundfunks in der Masurenallee noch von den Sowjets okkupiert. Die in diesem Sektor ansässigen britischen Alliierten hatten einen Stacheldrahtzaun um das Haus gezogen, um den „Ostsender“ in Westlage gewissermaßen zu isolieren. Es hätte also erst mal auch eines Gebäudes für einen Berliner Sender bedurft.

Am 9. Juni 1950 fand die konstituierende Sitzung der ARD in Bremen statt; Rundfunkreferent Dr. Antoine wurde auf eigene Bitte eingeladen und konnte unter Tagesordnungspunkt „Eins“ das Anliegen des Berliner Magistrats vortragen: die Gründung eines eigenen Berliner Senders.

Er stellte überdies den Anspruch des NWDR auf Übertragung des Vermögens der Reichsrundfunkgesellschaft in Frage. Dem entgegnete Emil Dovifat, Mitglied des NWDR-Rundfunkrates, dass die Übernahme des RRG-Vermögens „keinen großen Gewinn für den NWDR bedeute“²³.

Überdies deutete NWDR-Intendant Grimme an, dass eine finanzielle Unterstützung Berlins durch die übrigen ARD-Anstalten nicht zu erwarten sei.

Davon unbeirrt führte der „Tagesspiegel“ seine Kampagne für die Errichtung eines Berliner Senders fort - diesmal unter dem Aspekt, wie die finanziellen Mittel zu beschaffen seien. In dem Artikel „Weg und Umweg zum Berliner Sender“ schreibt Hans Hirschel am 21.6.1950, daß das Angebot des NWDR, die Hoheit zu behalten und eine Berliner Filiale zu betreiben, zwar ein honoriges sei, was für den Magistrat

²³ ARD-Sitzung v. 9.6.1950, DRA Frankfurt a.M., zitiert in Erik Heinrich, Rundfunkpolitik in Berlin, S. 131

billig und bequem wäre, aber nicht geeignet, den „Abwehrkampf gegen die östliche Propaganda“ zu führen.

Er unterstellt dem NWDR überdies die Absicht, sein Standbein in Berlin auszubauen mit der Perspektive, eines Tages die deutsche öffentlich-rechtliche Rundfunklandschaft von der „künftigen deutschen Hauptstadt“²⁴ aus zu beherrschen.

In der Weiterführung der Debatte zwischen dem Rundfunkreferenten, der Presse und Parteienvertretern wurde auch die Idee geboren, einen privaten Rundfunksender aus unternehmerischen Mitteln zu gründen. Allerdings konnte hier auch nicht die Frage geklärt werden, wie dieser Sender zu einer Welle mit größerer Reichweite kommen sollte. Selbst wenn man sich mit Drahtfunk begnügte, war dem Lizenzantrag auf einen Berliner Werbefunk bei den Amerikanern kein Erfolg beschieden. Stadtkommissar Taylor und Hochkommissar McCloy befanden, dass der RIAS den Berlinern genügen müsse und jede weitere Sendergründung die Kontrollmöglichkeiten der Amerikaner nur unnötig beschneiden würde.

Laut NWDR- Intendant Grimme waren auch die Briten keinesfalls geneigt, im Falle eines Rückzugs des NWDR aus Berlin die freiwerdende Welle einem neuen Berliner Sender zu überlassen.

Der springende Punkt bei der Frage der Finanzierung des potentiellen Berliner Senders war die Frage der Überführung der Berliner Post in die Bundespost – Voraussetzung dafür, dass die Rundfunkgebühren zweckgebunden verwendet und nicht, wie bisher, in den Postetat einfließen würden.

Als zumindest formalen Schritt in die richtige Richtung erklärte Stadtrat May am 10.11.1950 auf einer Pressekonferenz die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zur Bildung eines Rundfunkbeirates, der wiederum alle Fragen zur Errichtung des Senders klären sollte.

Kurz darauf, am 3. Dezember 1950, fanden gemäß der neuen Verfassung Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und die Wahl des Senats statt. Zuständiger Senator für Volksbildung wurde der CDU-Politiker Joachim

²⁴ Tagesspiegel v. 21.6.1950

Tiburtius. Der kulturpolitische Sprecher der CDU, Dr. Fritz von Hansemann, konzipierte einen Gesetzesentwurf zur Gründung des „Deutschen Rundfunk Berlin“. Hierin wird zum einen die Forderung nach einem eigenen Berliner Sender formuliert, andererseits die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit dem NWDR betont. Die Begründung für das Projekt ist eine politische:

„Die Forderung nach einem eigenen Berliner Sender entspringt der allgemein gefühlten Notwendigkeit, die Stellung Berlins im „Kalten Krieg“ angesichts der Begünstigung der östlichen Propaganda durch den Kopenhagener Wellenplan zu stärken und den Anforderungen der Sonderstellung Berlins gerecht zu werden.

Für den Sender ergeben sich daraus folgende Aufgaben: Er muß:

1. Berlins Vorkämpferstellung für die westliche Welt stärken und Sprachrohr zur Ostzone wie auch deren Sprachrohr sein;
2. Der Stimme Berlins innerhalb der westlichen Welt stärkeres Gewicht verleihen, um das vielfach noch mangelnde Verständnis für Berlins Sonderstellung zu erhöhen;
3. Den politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenhalt mit der Bundesrepublik und Europa festigen;
4. In der geistigen Auseinandersetzung die Stimme Berlins als künftiger deutscher Hauptstadt und internationalen Brennpunkten wieder zu einem entscheidenden Faktor machen;
5. Für die Berliner im West -und Ostsektor ihrer Stadt ein Programm darbieten, das die Einheit der Stadt und die Gesamtheit ihrer Bürger in einer Wesensart entsprechenden Form zum Bewusstsein bringt²⁵.

Ein Satzungsentwurf für eine „Anstalt des öffentlichen Rechts“ in Berlin war schon Mitte des Jahres 1950 vom Rundfunkreferenten Dr. Antoine ausgearbeitet worden. Analog zu den westdeutschen Anstalten sah dieser drei Organe für den Sender vor: einen Rundfunkrat, einen Verwaltungsrat und eine Geschäftsleitung, die – wie in der Reichsrundfunkgesellschaft – aus einem Intendanten, einem

²⁵ Gesetzesentwurf Hansemann (Nov. 1950), SFB-Akten, zitiert in: Erik Heinrich, Rundfunkpolitik in Berlin, S. 147

Verwaltungsdirektor und einem technischen Direktor bestehen sollte.

Am 2. April 1951 wurde dann die Bildung eines vorbereitenden Rundfunkbeirats beschlossen. Er bestand aus 25 Personen; vier Abgeordneten, drei Senatsvertretern, die restlichen 17 waren Vertreter von Verbänden und Organisationen, allerdings ebenfalls überwiegend parteinah. Den Vorsitz hatte der Senator für Volksbildung.

Dem Projekt prinzipiell förderlich war, dass inzwischen Vertreter aller Parteien das Vorhaben der Sendergründung unterstützten, ja sogar forcierten in der Hoffnung, sich bei der Besetzung etwaiger Posten frühzeitig in Stellung zu bringen.

Positiv war auch die Haltung der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (ARD), die zu diesem Zeitpunkt (Juni 1951) aus sechs Sendeanstalten bestand:

„Die Arbeitsgemeinschaft erklärte sich bereit, im Rahmen des wirtschaftlichen und rechtlichen Vermögens ihrer Mitglieder das Berliner Vorhaben zu unterstützen und durch Beiträge zum Berliner Programm ihre Verbundenheit mit der Berliner Bevölkerung und den Bewohnern der Ostzone zum Ausdruck zu bringen. Der Senat wurde aufgefordert, konkrete Vorschläge zu unterbreiten, auf welche Weise die westdeutschen Rundfunksender am besten zu einem Berliner Programm beitragen können“²⁶.

Die Berliner Post, deren Anschluss an die Bundespost nun unmittelbar bevorstand, arbeitete gegen den NWDR, dem sie es übelnahm, dass ihm von den britischen Besatzungsbehörden das Vermögen der Reichsrundfunk-Gesellschaft übereignet worden war, und für einen Berliner Sender, von dem man sich größere Einflussmöglichkeiten erhoffte.

Dieser konzertierten Aktion für die eigenständige Sendergründung hielt NWDR-Generaldirektor Grimme entgegen, dass „der Berliner Rundfunk eine gesamtdeutsche Angelegenheit sein müsse“, der „eine Erziehungsaufgabe habe“ und dass das Produkt „eine gesunde Ausbalancierung zwischen Föderalismus

²⁶ Die Welt, 19.7.1951, zitiert in: Erik Heinrich, Rundfunkpolitik in Deutschland, S. 173

und Zentralismus sein müsse²⁷.

Für die laufenden Kosten des NWDR in Berlin forderte er in einem Schreiben vom 3.7.1951 vom Bundesfinanzminister Ausgleichszahlungen in Höhe von fünf Millionen DM, was in der Berliner Öffentlichkeit nicht gut ankam, tat der norddeutsche Sender doch bislang immer so, als wäre sein Engagement uneigennützig. Die Begründung Grimmes für diese Forderung war mehr als unglücklich gewählt:

„Es wäre möglich, dass östliche Menschen Berlin in die Hand bekämen. Daher haben wir vorsorglich für die erbrachte Leistung unseren Anspruch angemeldet“²⁸.

Der Berliner Oberbürgermeister Ernst Reuter nahm am 17.10.1951 auch Stellung zur Frage der Hörergebühren und des Senders für die Stadt: Er sei der Auffassung, daß diese Hörergebühren zweckgebundene Gelder, d.h. für den Rundfunk zu verwendende Gelder seien und daß das Land Berlin auf einen eigenen Sender nicht verzichten könne vor allem in Hinblick darauf, daß irgendwann einmal die Bundesregierung in Berlin säße.

Am 8.11.1951 legte der Rundfunkbeirat einen Gesetz- und Satzungsentwurf für eine „Rundfunkanstalt Berlin“ vor. Diese Anstalt öffentlichen Rechts sollte von drei Gremien bestimmt werden: dem Rundfunkrat, dem Verwaltungsrat und der Geschäftsführung und beinhaltete die Forderung nach Funkhoheit für die zu gründende Sendeanstalt. Dies stieß auf den Widerspruch des Postsenators Holthöfer, der die Lizenzierung von Rundfunkanstalten auf Berliner Territorium der Bundesregierung überlassen wollte.

Auch die CDU legte ihr Veto gegen den Entwurf ein. Und zwar mit der

²⁷ NWDR-Notiz über Besprechung am 16.10.1951, NWDR-Akten, zitiert in: Erik Heinrich, Rundfunkpolitik in Berlin, S. 187

²⁸ Zit. nach einem Schreiben des Senators für Post- und Fernmeldewesen an den NWDR, Verwaltungsratsitzung vom 22.11.1952, zitiert in: Erik Heinrich, Rundfunkpolitik in Berlin, S. 189

Begründung, dass ein „isolierter Berliner Sender der Stimme Berlins nicht im Westen Gehör verschaffen könne“ und es „ungerechtfertigt wäre, dem NWDR den Stuhl vor die Tür zu setzen“.

Der NWDR seinerseits schlug einen Betriebsvertrag vor, in dem er garantierte, daß seine Reichweite die gesamte DDR umfasse sowie dass das „Berliner Eigenprogramm“ ausgedehnt würde.

Am 23. und 24. November 1951 trafen sich die ARD-Intendanten in Berlin; sie lehnten die Berliner Forderung nach einem garantierten Programmanteil von 15 Prozent ab. Auf den Vorschlag von NWDR-Generaldirektor Grimme hin wurde für den 11. und 12. Dezember in Stuttgart eine Kommission einberufen, die sich mit den Möglichkeiten der Zusammenarbeit eines Berliner Senders mit den westdeutschen Anstalten befassen sollte. Sie einigte sich auf folgende Erklärung:

1. Die Berliner Rundfunkanstalt soll eine den westdeutschen Rundfunkanstalten entsprechende innere und äußere Struktur erhalten und als gleichberechtigtes Mitglied in die „Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland“ aufgenommen werden.

2. Die einzelnen westdeutschen Rundfunkanstalten sollen sich bereit erklären, über den zwischen den Mitgliedern üblichen Programmaustausch hinaus möglichst viele Berliner Sendungen, insbesondere solche politischer Art, zu übernehmen, ...soweit dies...von dem jeweils zuständigen Intendanten verantwortet werden kann.

3. über die Beziehungen zwischen der künftigen Berliner Rundfunkanstalten und dem NWDR soll weiter verhandelt werden, wobei insbesondere die finanzielle Situation zu klären ist.

Hierbei stellte der NWDR aber klar, dass er nicht gedächte, dem Berliner Sender Subventionen zukommen zu lassen. Vielmehr bestehe man darauf, seine gesamtdeutschen Aufgaben von Berlin aus wahrzunehmen und seine dortigen Anlagen aufrechtzuerhalten, auch wenn parallel dazu ein Berliner Sender existierte.

Eine Schlüsselrolle bei den nichtoffiziellen Verhandlungen über die Zukunft der

Berliner Sendelandschaft kam Ladislaus Somogy, dem Unterhändler des NWDR, zu. Er versuchte zum einen, Berliner CDU- und FDP-Politiker in Gestalt von Fraktionschef Wille und dem Rundfunkexperten Peschke bei ihren Versuchen, mit dem NWDR eine Vereinbarung zu treffen, zu unterstützen; zum anderen aber bemühte er sich, die SPD ins Boot zu holen. Diese hielt aber sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene an ihrer Absicht fest, den NWDR in Berlin aufzulösen, da „der NWDR parteipolitisch durch das stark CDU-bestimmte NRW gelenkt würde“.

Hinzu kam, dass der Berliner Parteivorstand unzufrieden mit der Berichterstattung des RIAS über die Partei und ihre Aktivitäten war.

Zum Bestürzen des CDU-Lagers stimmte der Rundfunkbeirat in einer Probeabstimmung für eine eigenständige und gegen eine dem NWDR vertraglich verbundene Anstalt. Man hoffte aber, dem Gremium die Kompetenz absprechen zu können²⁹.

In einem Treffen von Grimme und Tiburtius und Vertretern des Beirats am 21. Januar 1952 in Hamburg wurden drei Vorschläge diskutiert, die zur einer Lösung des Rundfunkproblems führen sollten, und zwar

1. der Berliner Vorschlag: Übernahme der Berliner NWDR-Anlagen durch Kauf oder Pacht sowie teilweise Übernahme des NWDR-Personals
2. Gründung einer Rundfunkgesellschaft Berlin unter Minderheitsbeteiligung des NWDR , ebenfalls mit Übernahme von Anlagen, Welle und Teilen des Personals
3. der Vorschlag vom NWDR, einen Betriebsvertrag zu schließen, der dem NWDR weiterhin die Hoheit in Berlin eingeräumt hätte.

Eine Einigung war zwar noch nicht in Sicht, dennoch – oder gerade deshalb – beschloss man auf Berliner Seite, die Angelegenheit zu forcieren, indem man dem Kind einen Namen gab. Nachdem der Senat einen Wettbewerb zur Namensfindung ausgeschrieben hatte, stimmte am 19. Februar 1952 eine Jury für den Namen „Sender Freies Berlin“.

Für die neue Anstalt wurden weitreichende Forderungen geltend gemacht: in

²⁹ Schreiben von Hansemann an Dovifat, 14.1.1952, zitiert in: Erik Heinrich, Rundfunkpolitik in Berlin, S. 212

einem Gesetzentwurf des vorbereitenden Rundfunkrates vom Februar 1952 wurde gefordert, dass „die Ausübung des Rechts, deutsche Rundfunkanlagen einschließlich Fernsehanlagen und Drahtfunkanlagen zu errichten und zu betreiben, ausschließlich dem Sender Freies Berlin zustünde“³⁰:

Bevor es soweit war, galt es dennoch, weitere Hürden aus dem Weg zu räumen. Am 23. April 1952 schrieb Ernst Reuter an die Alliierte Kommandantur in der Hoffnung, von dort Hilfestellung für eine „unabhängige Berliner Rundfunkanstalt“ zu bekommen.

Die Amerikaner waren geneigt, die Frequenz des NWDR dem Berliner Sender zu überlassen, während die Engländer Einwände hatten, da sie eine enge Verbindung mit dem NWDR pflegten.

Inzwischen waren sich die Berliner Parteien auch näher gekommen insofern, als alle – CDU, SPD und auch FDP – jetzt für die schnelle Etablierung des Senders Freies Berlin aussprachen, da ja die Rundfunk-Teilnehmergebühren solange an die Bundespost abgeführt wurden, wie Berlin noch keinen eigenen Sender hatte, und das machte immerhin ca. 40 000 DM täglich aus.

Mit oder ohne NWDR müsse vor Ende Juni 1952 - zumindest de jure – der Berliner Sender errichtet werden, um den Verlust von 1,2 Millionen Mark zu verhindern³¹.

Mit Stichtag 28.6.1952 gab es drei verschiedene Gesetzesentwürfe, die den zu gründenden Sender betrafen; eine provisorische Gesetzesvorlage des Senats, eine des Vorbereitenden Rundfunkbeirats und den Entwurf der FDP; Konsens war nur, dass eine gemeinnützige Anstalt öffentlichen Rechts mit dem Namen „Sender Freies Berlin“ errichtet werden sollte,

Am 14. Juli 1952 reichte der Berliner Senat den Antrag auf Wellenzuteilung sowie den Gesetzentwurf des Senats und die Vorschläge des Beirats bei der Alliierten Kommandantur ein.

Am 31. Juli erging ein Bescheid an den Berliner Senat, in dem die Alliierte

³⁰ Gesetzentwurf des Rundfunkbeirats v. 28.2.1952, zitiert in: ebd., S. 228

³¹ Aktenvermerk Somogyv. 31.05.1952, zitiert in: Erik Heinrich, Rundfunkpolitik in Berlin, S. 234

Kommandantur ihre Bedenken äußerte. Man fürchtete vor allem eine Veränderung in der Berliner Rundfunklandschaft und wollte die Verhandlungen mit dem NWDR fortgeführt wissen. Ein weiterer Vorbehalt richtete sich gegen die in dem provisorischen Rundfunkgesetz vorgeschlagene Verwaltung des Senders durch den Senat.

Der Tonfall des NWDR-Verwaltungsrates gegenüber den Berliner Sender-Verfechtern verschärfte sich nach der Ablehnung durch die Alliierte Kommandantur in der Annahme, am längeren Hebel zu sitzen. Am 21. September 1952 gab er folgendes Statement ab:

„Der NWDR wird seine Sendungen in Berlin einstellen, wenn eine Rundfunkanstalt in Berlin ohne Sendebefugnis gegründet wird, die die in Berlin aufkommenden Gebühren vereinnahmt, ohne dem NWDR davon einen angemessenen Anteil abzugeben.“

Überspitzt gesagt wäre es so, wie Grimme in einem Brief an Ernst Reuter formulierte, dass der NWDR Millionen in den Sendebetrieb investieren würde, um die Stimme Berlins in Ost und West zu Gehör zu bringen, während die Rundfunkgebühren einer nicht sendefähigen Gesellschaft zukommen würden.³² Der Konflikt mit den Alliierten indes kreiste hauptsächlich um die Frage, ob der neue Sender eine Monopolstellung in Berlin haben würde und wie er politisch ausgerichtet wäre.

In dieser Situation beschloss der Senat am 2. November 1952 eine Gesetzesvorlage zur Gründung des Senders. § 1 lautete (Gesetzentwurf des Senats S. 265):

„Das Land Berlin errichtet eine Rundfunkanstalt öffentlichen Rechts mit dem Namen „Sender Freies Berlin“. Die Anstalt ist gemeinnützig und hat ihren Sitz in Berlin.“

In § 2 wurde eine potentielle Zusammenarbeit mit den westdeutschen Sendern verankert: Zum Zwecke der Veranstaltung von Rundfunkdarbietungen könne „die Anstalt mit anderen Rundfunkanstalten Verträge abschließen.“

³² Schreiben Grimmes an Reuter v. 15.10.1952, aus: Erik Heinrich, Rundfunkpolitik in Berlin, S. 256

Im Rundfunkrat waren 25 Vertreter vorgesehen, davon fünf aus Parteien und 20 aus gesellschaftlichen Gruppen. § 6 führte dazu aus:

„Der Senat kann mit Ausnahme der vom Abgeordnetenhaus gewählten Mitglieder die benannten Persönlichkeiten ablehnen, wenn sie nicht die Gewähr bieten, ihr Amt ...unparteilich wahrzunehmen.“³³

Die Alliierte Kommandantur schien allmählich dem Druck der politischen Kräfte Berlins nachgeben zu wollen, hatte aber gegen den § 6 erhebliche Einwände. Tiburtius begründete die Notwendigkeit eines Veto-Rechts des Senats mit einer möglichen „kommunistischen“ Unterwanderung, z.B. im Falle einer Repräsentanz des Schriftstellerverbandes durch Bertolt Brecht oder der Kirche durch Pfarrer Martin Niemöller. (Protokoll des Ausschusses für Volksbildung, 59. Sitzung am 17.3.1953)

Am 20. Juli 1953 gaben die Alliierten „grünes Licht“ für die Einbringung des Rundfunkratsgesetzes in das Berliner Abgeordnetenhaus. Außerdem stellte sie die Bereitstellung einer UKW-Frequenz für den Sender in Aussicht. Die Überlassung einer Mittelwellenfrequenz jedoch wurde abgelehnt.

Sieht man die Entscheidung der Kommandantur in politischem Zusammenhang, liegt die Vermutung nahe, dass der Aufstand vom 17. Juni 1953 einen maßgeblichen Einfluss darauf hatte, daß die Alliierten dem Sender Freies Berlin nun doch keine nennenswerten Steine mehr in den Weg legen wollten. Während des Juni-Aufstands in Ost-Berlin und übrigen Bezirken der Sowjetischen Verwaltungszone hatte der RIAS die Funktion, den Aufstand anzuzünden und zu befördern. Als der Stein aber buchstäblich ins Rollen gekommen war, wurde der Sender von den Amerikanern angehalten, zurückzurudern und mäßigend auf die Aufständischen einzuwirken. Die gerade erst ausbalancierte Viermächte-Konstellation sollte zu diesem Zeitpunkt nicht ins Wanken gebracht werden. Ein Sender, der keinen Besatzungscharakter hätte, wie der neu zu gründende Sender Freies Berlin, müsste in eigener Verantwortung handeln.

Parallel zu dieser Entwicklung galt es noch die Frage der Zuteilung der

³³ Vgl. Erik Heinrich, Rundfunkpolitik in Berlin, S. 266

Rundfunkgebühren und die Rolle des NWDR zu klären.

Der Senat hatte in einem Beschluss vom 17.11.1952 nochmals nachdrücklich seine Auffassung dargelegt, dass es keinen Vergleich geben könne und dass der NWDR nur durch den Befehl der Britischen Militärregierung in den Besitz von Sendeanlagen der Berliner Post gekommen war.

Eine Schlüsselrolle bei den Verhandlungen zwischen NWDR, Post und Berliner Senat hatte Emil Dovifat inne, der sich und seiner Partei, der CDU, den Boden im neuen Berliner Sender bereiten wollte.

Am 4. September 1953 kam es zu einer Vereinbarung zwischen Post, NWDR und Senat: das gesamte Vermögen des NWDR, Funkhaus, technische Anlagen und Sendefrequenzen wurde an den SFB abgegeben unter der Bedingung, dass das Berliner Personal des NWDR bis auf drei Führungskräfte übernommen wurde.

Das Gesetz über die Errichtung des SFB sowie der Entwurf für die Satzung des Senders passierten am 26. Oktober 1953 das Abgeordnetenhaus.

Am 12. November 1953 wurde der Sender Freies Berlin durch Gesetz des Landes Berlin begründet.

Eine Besonderheit der Satzung gegenüber der der westdeutschen Rundfunkanstalten war die Dreiteilung der Geschäftsführung: es waren ein Programmdirektor, ein Technischer Direktor und ein Wirtschaftsdirektor vom Rundfunkrat für die Dauer von vier Jahren zu wählen. Einer der Direktoren sollte die Anstalt als Intendant vertreten:

„Der Intendant leitet den Sender Freies Berlin in Gemeinschaft mit den anderen Geschäftsführern. Er trägt die Verantwortung für die geistige Gesamthaltung des Rundfunks“.

Unter der Rubrik „Sonstige Bestimmungen“ war in §18 folgendes geregelt:

„(1) Der Bundesregierung und dem Senat von Berlin ist zu jeder Zeit eine angemessene Sendezeit zur Verbreitung von Gesetzen, Verordnungen und anderen Mitteilungen kostenlos einzuräumen.

(2) Den zugelassenen demokratischen Parteien, den anerkannten

demokratischen Vertretungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, den wesentlichen Organen des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens und den anerkannten Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften ist bei Fragen und Anliegen von öffentlicher Bedeutung auf Wunsch eine angemessene Sendezeit kostenlos einzuräumen.“

§ 4 besagte, dass Werbesendungen nur im Rahmen eines besonderen Werbefunks erfolgen durften.

Das Recht auf Änderung der Satzungen sowie auf Auflösung der Anstalt lag beim Abgeordnetenhaus von Berlin.

Vor dem Hintergrund der politischen Entwicklung in Berlin – am 29. September 1953 verstarb Oberbürgermeister Ernst Reuter, am 22. Oktober wurde Walther Schreiber, CDU, zum Oberhaupt der Stadt gewählt – ist das parteipolitische Gerangel um die Besetzung des Rundfunkrates im SFB zu sehen.

Die SPD, die ursprünglich die vehementesten Befürwortern eines Berliner Senders stellte, versuchte, die Sendergründung hinauszuschieben und eine Umstrukturierung des Rundfunkrates zu erreichen, für den die CDU ihre Kandidaten schon in Stellung gebracht hatte.

Als die SPD Ende November aus der Regierungsverantwortung ausschied – CDU und FDP hatten sich zu einer kleinen Koalition zusammengefunden – war sie damit, auch was den SFB anbelangte, in die Opposition geraten.

Der erste Rundfunkrat des SFB setzte sich aus sechs SPD-Mitgliedern, zehn CDU-Mitgliedern, sechs FDP-Mitgliedern und zwölf nicht parteigebundenen Vertretern zusammen, von denen aber wiederum nur vier im Entscheidungsfall mit der SPD stimmen würden. So fiel die Wahl des Rundfunkratsvorsitzenden am 21. Dezember 1953 recht deutlich aus: mit 17 gegen 13 Stimmen wurde Emil Dovifat gewählt.

Der Verwaltungsrat hingegen war mit zwei SPD-Abgeordneten, einem CDU- und einem FDP-Abgeordneten paritätisch besetzt. Zum Vorsitzenden wurde am 30. Dezember 1953 der FDP-Politiker Alfred Güntzel gewählt.

Bei der Besetzung der drei Führungsstellen kam es zu einem Kompromiss: die SPD, die zeitweilig schon mit Rückzug aus dem Rundfunkrat gedroht hatte, akzeptierte den CDU-nahen Alfred Braun als Programmdirektor, dafür wurde der ehemalige Sozialsenator Otto Bach zum Wirtschaftsdirektor gekürt. Die Stelle des technischen Direktors wurde mit dem parteilosen Udo Blässer besetzt. Mit Alfred Braun war eine interessante Biographie an die Spitze des Senders gelangt; zunächst Journalist und Sprecher bei der Berliner Funkstunde (bis 1933), emigrierte er 1933 infolge der „Säuberung“ des Rundfunks. Kurz vor Kriegsausbruch kehrte er nach Deutschland zurück, wurde kurzzeitig in einem KZ interniert, um anschließend als Regieassistent bei Veit Harlan zu arbeiten. Nach dem Kriege war er für den von den sowjetischen Alliierten geführten „Berliner Rundfunk“ tätig.

Insbesondere die SPD inszenierte eine kontinuierliche Pressekampagne gegen den neuen Intendanten, die hauptsächlich sein Engagement bei Harlan in dem Film „Jud Süß“ zum Inhalt hatte.

Eine weitere nicht über jede Kritik erhabene Personalentscheidung war die Besetzung der Chefredaktion durch Ludwig Eberlein vom „Tagesspiegel“. Selbiger hatte sich 1940 durch eine affirmative Kritik des Films „Jud Süß“ hervorgetan.

Nach der erfolgten Konstituierung des Senders musste nun eine Mittelwelle gefunden werden, um die Verbreitung des Programms über Berlin hinaus zu gewährleisten.

Nach anfänglichen Widerständen der britischen Alliierten, die bis zuletzt hofften, der von ihnen protegierte NWDR würde sich nicht aus Berlin zurückziehen, gab das Foreign Office am 31. Mai 1954 sein O.K. für die Abtretung der irischen Athlone-Welle an den SFB.

Die Trennungsverhandlungen zwischen NWDR und SFB fanden am 19. März 1954 in Hamburg statt und kamen zu folgendem Ergebnis:

- Der SFB tritt dem NWDR den Höregebührenanteil von 50 Prozent bis zum 31. Mai 1954 ab
- Der SFB tritt für die Berliner Pensionsverpflichtungen des NWDR sowie für die Zuwendungen an ehemalige RRG-Angehörige in Berlin ein
- Der SFB verpflichtet sich zur Übernahme des technischen Betriebs der Sendeanlagen von BBC und BFN in Berlin
- Der SFB gewährleistet dem NWDR ab 1. Juni 1954 Räumlichkeiten und technische Einrichtungen für dessen Berliner Vertretung
- der NWDR erklärt sich bereit, dem SFB auch nach dem 1. Juni 1954 in Hamburg produzierte Sendungen zu den üblichen Bedingungen zur Verfügung zu stellen
- Die Sendung „Hier spricht Berlin“ oder eine entsprechende Sendung soll erhalten bleiben und unter Verantwortung des NWDR, gegebenenfalls in Zusammenarbeit der Berliner NWDR-Vertretung mit dem SFB gestaltet werden
- Dem SFB wird empfohlen, dem Fernsehvertrag der ARD mit etwa zehn Prozent Programmbeteiligung beizutreten

Was die Programmgestaltung anbelangt, so gab es zunächst noch Differenzen in der Programmkoordination mit dem NWDR. Die Berliner wollten die Mittelwelle mit in Eigenverantwortung produzierten Beiträgen – z.B. mit „Blickpunkt Berlin“, der Nachfolgesendung von „Hier spricht Berlin“ - bestücken, Grimme bestand jedoch darauf, dass der NWDR die Programmverantwortung für die in Berlin produzierten Sendungen selbst trug.

Immerhin wurde der SFB am 1. April 1954 zunächst mit beratender Stimme in die Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands aufgenommen, ab September 1954 dann als vollwertiges Mitglied.

In puncto Fernsehvertrag vereinbarte man eine Programmleistung von neun Prozent.

Nach zähen Verhandlungen mit der Post konnte man für das erste Halbjahr 1954 500 000 DM monatlich kalkulieren. Aufgrund des nicht gerade üppigen Etats und

den fortdauernden Unklarheiten bezüglich der Athlone-Welle legten Direktion und Verwaltungsrat im Mai 1954 dem Rundfunkrat nahe, den Start des Senders zu verschieben. Der Rundfunkrat seinerseits bestand auf dem bereits avisierten Termin, sodass in den frühen Morgenstunden des 1. Juni 1954 der Sender seinen Betrieb aufnahm – aus dem Funkhaus am Heidelberger Platz mit einer Ansage des Intendanten Alfred Braun: „Achtung, Achtung, hier ist Berlin!“

Die Gründung des Sender Freies Berlin ist also kontinuierlichen politischen Bestrebungen zu verdanken, der ehemaligen Reichshauptstadt, die auf einen Schlag alle Eigenständigkeit verloren hatte, wenigstens auf dem Gebiet der Medien eine eigene Identität zu verschaffen. Vermutlich läßt sich auch das Engagement Axel Springers in dieser Stadt, der Ausbau seines Verlages zum Beinahe-Monopol mit demselben Motiv erklären. Die Stadt hatte keine Bedeutung mehr auf politischem oder wirtschaftlichen Gebiet; sie war lediglich Faustpfand der Alliierten. So mußten ideologische Bollwerke geschaffen werden, die den Bürgern Berlins trotz oder gerade wegen der Insellage zu Selbstbewußtsein verhalf und den Durchhaltewillen stärkte. Spätestens mit der Berlin-Blockade war der Bevölkerung deutlich geworden, auf welchem Pulverfaß sie saß.

Die Einsicht in die Notwendigkeit eines Senders für Berlin wurde von beiden großen Parteien geteilt, obschon man sich bei der Realisierung dieses Ziels des öfteren in die Quere kam. Die CDU ging dabei taktisch vor, weil sie den Repräsentanten der Adenauer-Regierung in Berlin, den NWDR, nicht schwächen wollte. Andererseits konnte sie sich hauptstadtpolitischen Ambitionen in spe nicht verschließen und mußte an einer Stärkung der Position Berlins interessiert sein. Mit dem Schreiben des damaligen Innenministers Heinemann an Bundeskanzler Adenauer wurde aber auch deutlich, daß man sich von einem Berliner Sender eine mediale Brücke zwischen Ost und West erhoffte. Dies widerspricht auf den ersten Blick der Funktion eines Propagandasenders, als solcher der Sender Freies Berlin gedacht war. Im Grunde setzten die Befürworter des Senders aber

zum einen auf die technische Reichweite, zum anderen darauf, daß ein solcher Berliner Sender im Osten eher gehört werden würde als der NWDR, der zuwenig die Berliner Belange vertrat, oder der RIAS, der allzu leicht als Sender der Amerikaner zu identifizieren war. In der Tat sollte sich im Verlaufe der späteren Ereignisse zeigen, daß große Teile der DDR-Bevölkerung den SFB hörten und auch eine Erwartungshaltung an ihn hatten, nämlich daß er sie alternativ zur staatlich verordneten Propaganda des Berliner Rundfunks informiere.

In der Begründung für die Forderung nach einem Berliner Sender nannte CDU-Politiker Dr. Fritz von Hansemann die Notwendigkeit, die Stellung Berlins im Kalten Krieg zu stärken. Der Kopenhagener Wellenplan habe die östliche Propaganda begünstigt; dem müsse begegnet werden, indem man der Stimme Berlins in der westlichen Welt stärkeres Gewicht verleihe. Damit sind die grundlegenden Argumente genannt, die zur Gründung des Sender Freies Berlin führten und seine Marschrichtung bestimmen sollten.

Wichtig war allerdings in dem Zusammenhang auch die Haltung der ARD zum Projekt "Berliner Sender". Da die Bundesrepublik sich Berlin gegenüber in der Verantwortung fühlen mußte, hatte auch die ARD ihr Scherflein beizutragen und den Weg zu einem Berliner Programm mitzugehen, ausdrücklich mit der Begründung, sie wolle ihre Verbundenheit mit der "Berliner Bevölkerung und den Bewohnern der Ostzone" zum Ausdruck bringen.

Nach der grundlegenden Einigung darüber, daß es einen Berliner Sender geben sollte, bestand aber noch Uneinigkeit über die Eigenständigkeit des Projekts. NWDR-Generaldirektor Grimme, der der CDU nahestand, befürchtete, daß es zu einer Reduzierung des Einflusses des NWDR in Berlin kommen könnte und argumentierte mit den Vorzügen des Föderalismus. Nun war zumindest durch die Anbindung an die ARD gesichert, daß es sich nicht um einen zentralistischen Sender handeln würde. Die andere Befürchtung Grimmes, nämlich daß Berlin und damit auch der neue Sender gänzlich in die Hand der Sowjets fallen könnte, entbehrte zu diesem Zeitpunkt (nach erfolgreicher Umgehung der Berlin-Blockade) jeglicher Grundlage und ist eher als Panikmache einzustufen mit dem

Ziel, die finanziellen Interessen des NWDR zu vertreten.

Die Berliner CDU sah sich politisch nicht stark genug, um in den Gremien des neuen Senders eine führende Rolle zu übernehmen und streute von daher die Befürchtung, daß ein "isolierter Berliner Sender der Stimme Berlins nicht im Westen Gehör verschaffen könne."³⁴ Dies hieß nichts weniger, als daß ein von der SPD protegierter Sender in der Bundesrepublik unter Adenauer nicht genügend Gewicht bekäme, ja sogar womöglich nicht ernst genommen würde. Dies deckt sich insofern mit der Äußerung Grimmes, als auch hier die latente Vorstellung mitschwingt, Berlin könne aus dem westlichen Lager herausgebrochen werden. Ob man dabei der SPD unterstellte, sie würde gegebenenfalls daran mitwirken, ist nicht zu belegen, kann aber auch nicht ganz von der Hand gewiesen werden.

Demgegenüber verfolgte die SPD eine Politik, die auf die Bewahrung des Status quo abzielte mit der Perspektive, daß es dereinst zu einer Wiedervereinigung käme und die Bundesregierung dann wieder in Berlin säße. Aus diesem Grund unterstützte Oberbürgermeister Ernst Reuter nachdrücklich die Schaffung eines eigenen Senders für Berlin.

Wie wichtig die politische Verortung des neuen Senders war, zeigt sich zum einen am Tauziehen zwischen NWDR und Befürwortern eines eigenständigen Senders, zum anderen auch an der Tatsache, daß sich die alliierte Kommandantur einschaltete mit der Maßgabe, es wäre zunächst zu klären, ob der neue Sender eine Monopolstellung in Berlin innehaben würde und wie er politisch ausgerichtet sei.

Die politische Ausrichtung und die Frage des Monopols konnten insofern vorab geklärt werden, als in der Gesetzesvorlage zur Gründung des Senders vom 2. November 1952 die Zusammenarbeit mit den Sendern Westdeutschlands verankert war. § 6 des Entwurfs, der besagte, daß der Senat ein Veto-Recht gegen die Benennung von Rundfunkratsmitgliedern habe, führte zu einer kontroversen Diskussion. Die Begründung Tiburtius', daß sonst eine

³⁴ Protokoll der Fraktionssitzung v. 20.11.1951, zitiert in: Erik Heinrich, Rundfunkpolitik in Berlin, S. 237

“kommunistische Unterwanderung” möglich wäre, zeigt, welches geistige Klima vorherrschte und wie sehr befürchtet wurde, der neue Sender könnte ein nicht ausschließlich westlich orientierter Sender werden. Die Angst vor der Infiltration durch “Kommunisten” wie den Schriftsteller Bertolt Brecht oder Pfarrer Martin Niemöller indiziert, daß die Repräsentanten und Befürworter des westlichen Systems sich der Überzeugungskraft desselben keineswegs sicher waren. Durch die Vorauswahl der im Rundfunkrat vertretenen Organisationen, bei der bereits ein Sitz vorgesehen war für die Freie Volksbühne, den Kritikerverband, die Erwachsenenbildung, den Schulfunk und den Erziehungsbeirat, stellte der Senat bereits die Kontrolle über das Gremium sicher. Bezüglich des § 6 machte der Senat zunächst einen Kompromißvorschlag, nämlich den, daß er mit Zwei-Drittel-Mehrheit einen Delegierten ablehnen könne, sofern bei dem Kandidaten demokratische Haltung und unparteiliche Amtsführung nicht gewährleistet wären.³⁵ (Senatsbeschluß Nr.3066 vom 07.04.1953)

Nach einem weiteren Veto der Alliierten wurde diese Fassung nochmals entschärft: der Senat solle nur Bedenken gegen die Nominierung eines Kandidaten äußern dürfen, könne diese aber nicht verhindern.

Erst, nachdem klar war, daß der Senat keine direkten Regulierungsmöglichkeiten im Rundfunkrat hätte, stimmten die Alliierten dem Gesetzentwurf zu. An diesem Punkt hat sich die partei- und staatsferne Organisation des Rundfunks, wie sie in der BBC repräsentiert wird, durchgesetzt.

An anderer Stelle des Rundfunkgesetzes, nämlich in § 18, Abs.1, wurde der Bundesregierung bzw. dem Berliner Senat das Recht eingeräumt, zur Verbreitung von Gesetzen, Verordnungen und anderen Meldungen kostenlose Sendezeit in Anspruch zu nehmen. Ebenso sollte in Abs. 2 den zugelassenen demokratischen Parteien, anerkannten demokratischen Vertretungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, wesentlichen Organen des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens und anerkannten Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften angemessene Sendezeit bei Fragen und

³⁵ Senatsbeschluß vom 17.4.1953, zitiert in: Erik Heinrich, Rundfunkpolitik in Berlin, S. 275

Anliegen von öffentlicher Bedeutung eingeräumt werden.

Während Abs. 1 streng definiert ist, bietet Abs. 2 doch einige Möglichkeiten der Auslegung. Durch die Formulierungen "anerkannt", "wesentlich" und "angemessen" wird die Möglichkeit einer unterschiedlicher Auslegung zumindest eröffnet.

Nach zähen Verhandlungen aller Parteien und einem langwierigen Verfahren hatte Berlin nun also mit Datum vom 12. November 1953 einen eigenen Sender mit einem Rundfunkgesetz, das der Vorgabe der Partei- und Staatsferne genügte, der aber andererseits aber mit dem erklärten Ziel an den Start ging, die Vorzüge des kapitalistischen Systems nicht nur der Bevölkerung West-Berlins, sondern auch den Bewohnern Ost-Berlins und der DDR deutlich zu machen. Die Gründung des SFB war politischen Interessen geschuldet und entsprang dem Bemühen der großen demokratischen Parteien, der SPD und der CDU, West-Berlin eine eigene Stimme und damit Geltung in Ost und West zu verschaffen. Parteien und mediale Öffentlichkeit in Gestalt der Berliner Presse bildeten eine vermachtete Öffentlichkeit, deren Ziel ein nach öffentlich-rechtlichen Strukturen organisierter Sender war, der ihren politischen Vorstellungen entsprechen sollte. Die politische Botschaft war streng antikommunistisch definiert. Allerdings zeigte sich an der Vorgeschichte der Gründung des SFB, daß die bürgerliche Öffentlichkeit kein homogenes Gebilde, sondern ein durch Macht- und Profilierungsinteressen bestimmte Erscheinung war. SPD und CDU rangen um die Macht im neuen Sender und bestimmten in der Folge mit wechselndem Gewicht seine Geschicke. Im Gegensatz zum Berliner Rundfunk und Deutschen Fernsehfunk (DFF), die staatlich gelenkte Propagandasender waren, handelte es sich beim SFB um das Produkt des Konsenses demokratischer Parteien, das zwar propagandistisch ausgelegt, aber demokratischen Spielregeln unterworfen war.

1.3 Die politische Einstellung der Bevölkerung im Berlin der Nachkriegszeit

Einer umfangreichen Studie ist es zu verdanken, daß Einblick genommen werden konnte in das Befinden und Denken der Berliner Bevölkerung nach dem Krieg. Erstellt wurde diese von Prof. Dr. Harold Hurwitz, der seit 1947 bei der Zentralstelle für Medienkontrolle der U.S.-Militärregierung (Information Control Division) beschäftigt war. Die Untersuchungen waren 1945 begonnen und während der Blockade intensiviert worden.

Auf deutscher Seite war zunächst das Institut für Markt- und Verbraucherfragen (IfMF) mit Umfragen betraut, dann die Agentur Berlin-Test und schließlich das SPD-nahe Institut für angewandte Sozialforschung (INFAS). Mit allen dreien arbeitete Hurwitz in den sechziger Jahren vertrauensvoll zusammen und bereitete die Umfrageergebnisse für die Senatskanzlei unter Brandt und Bahr auf.

Zunächst richteten sich die Untersuchungen der Amerikaner auf die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung im Nachkriegs-Berlin. Dabei wurde zwischen 1945 und 1947 "eine graduelle Verschlechterung der materiellen Lebensbedingungen" festgestellt.³⁶ Die Zerstörung und Demontage von Produktionsmitteln und die Stilllegung des Wirtschaftsverkehrs hatten zu einem hohen Verlust an Arbeitsplätzen geführt. Überdies wirkten sich starke Verluste an Privatbesitz nach Bombenangriffen und Plünderungen sowie Maßnahmen der Besatzungsmächte negativ aus. Im November 1946 gaben 48% der Befragten in Berlin an, vom Familieneinkommen den Lebensunterhalt nicht bestreiten zu können.³⁷

Und obwohl die Sowjetische Militärverwaltung in Deutschland (SMAD) durchaus Arbeit in Ost-Berliner Betrieben anbot, schreckte die damit einhergehende zwanghafte Organisierung in kommunistischen Gewerkschaften die

³⁶ Harold Hurwitz, Die politische Kultur der Bevölkerung und der Neubeginn konservativer Politik, Köln 1983, S. 25

³⁷ Ebd., S. 26

Arbeitssuchenden ab. Auf der anderen Seite waren amerikanische Güter, insbesondere Zigaretten, außerordentlich begehrt, da sie als harte Währung in der Inflationszeit fungierten. Hurwitz bemerkt dazu, daß die politischen Assoziationen des Konsumverhaltens und des Konsumbedarfs zu einer politischen Disponierung beitrugen,³⁸ die darauf hinauslief, daß die Amerikaner einen deutlich höheren Stellenwert bei der Berliner Bevölkerung erlangten als die Sowjetrussen. Die Auswertung von Briefen von Berlinern über die Besatzungsmächte im Januar 1946 ergab, daß 85% über die Sowjetunion Klage führten, hingegen 79% Zufriedenheit über die Amerikaner und sogar 92% sich positiv über die Engländer äußerten.³⁹ Die Sowjetrussen hatten zudem mit der Hypothek ihres bereits im Nationalsozialismus propagierten Bildes als aggressive und rückständige "Untermenschen" zu kämpfen. In einer Umfrage im US-Sektor Berlins im April 1946 stimmten 82% der Befragten mit der Aussage überein, daß "Amerika sich um den Wiederaufbau Deutschlands bemühen sollte, bevor diese dem Kommunismus zum Opfer fällt."⁴⁰

Den endgültigen Ausschlag des Pendels zugunsten der westlichen Alliierten, insbesondere der Amerikaner, gab die Blockade, während der "sich die antikommunistische Abwehr voll zu einer konsentierten Haltung entwickelte".⁴¹ Dabei führt Hurwitz den antikommunistischen Konsens nicht nur auf eine bürgerliche Abwehrhaltung zurück, sondern sieht ihn auch in dem Auseinanderbrechen der klassischen Arbeiterbewegung und dem Fusionskampf zwischen SPD und KPD bzw. SMAD, die auf die Zwangsvereinigung der Parteien zur SED abzielte, begründet. Für die Zeit der Studentenbewegung war dies insofern relevant, als es nicht nur das Bürgertum, sondern vielmehr die Arbeiterschaft war, die sich gegen die APO unter dem Vorwurf des Pro-Kommunismus und Anti-Amerikanismus wandte.

³⁸ Ebd. S. 32

³⁹ Ebd., S. 27

⁴⁰ Ebd. S. 127

⁴¹ Ebd., S. 40

1.4 Der Sendebeginn des SFB

Die Freiheitsglocke läutete den ersten Programmtag des SFB ein. Am 1. Juni 1954 um 4.55 Uhr meldete sich Intendant Alfred Braun mit seiner Eröffnungsansprache aus dem Funkhaus am Heidelberger Platz.

Um 5 Uhr früh gab es die ersten Nachrichten, anschließend eine feierliche Eröffnungssendung mit Grußworten von Hans Bredow, dem ehemaligen Reichskommissar für das Rundfunkwesen und Adolf Grimme, dem Generaldirektor des NWDR. Anschließend folgte das erste eigene

Musikprogramm, ein Konzert des Musikkorps der Freiwilligen Feuerwehr Berlin.

Die Nachrichtensendungen bildeten das Gerüst des neuen Programms - bis zum 20jährigen Jubiläum am 1. Juni 1974 sollten sie die Anzahl von 150 000

erreichen. Seit dem 13.8.1961 gab es sie zu jeder vollen Stunde. Der Zeitfunk galt als "Registratur der Zeitgeschichte", die Nachrichten als ihr "Stenogramm".

Eine der ersten an diesem Morgen verbreiteten Nachrichten war die, daß das Bundeskabinett in Bonn sich aus technischen Gründen gegen die Wahl des Bundespräsidenten in Berlin ausgesprochen habe.

Anlässlich des bevorstehenden Pfingsttreffens der FDJ in Ost-Berlin würden viele Tausende junger Leute auch in West-Berlin erwartet.

Dem "Neuen Deutschland" zufolge habe es eine 11-47%ige Steigerung der Unter-Trikotagenproduktion in der Sowjetischen Besatzungszone gegeben.

Das Bundeskabinett in Bonn habe die Einrichtung einer Zentralen Verkehrssünderkartei beschlossen.

Die Programmstruktur bestand aus einer Mischung von Politik, Zeitgeschichte und Unterhaltung.

Der Zeitfunk brachte ein Interview mit der Gattin von Erwin Rommel. Die Wirtschaft beschäftigte sich mit der Frage, ob es wieder eine freie Weltwirtschaft geben werde.

In der Abteilung E-Musik äußerte sich die Sängerin Barbara Kemp über Richard Strauss.

Die Unterhaltung bot in der Reihe "Treffpunkt Funkhaus" Musik und Sketche.

Am 12.6.1954 wurde die Rede von Willy Brandt auf dem 11. Landesparteitag der SPD übertragen.

Am 17.6.1954 gab es eine Sondersendung zum ersten Jahrestag des Aufstands mit dem Vizekanzler Franz Blücher und dem SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer.

Am 18.6.1954 berichtete der Zeitfunk über die Eröffnung der Berliner Filmfestspiele in Anwesenheit des Regierenden Bürgermeisters, Dr. Walther Schreiber, und des Innenministers Gerhard Schröder.

Am 17.7.1954 sendete der Zeitfunk eine Diskussion anlässlich der Tagung der Bundesversammlung in Berlin. Thema: Berlin-Probleme und Deutschland-Politik in Zusammenhang mit der Weltpolitik. Unter den Diskussionsteilnehmern waren der CDU-Politiker Kurt-Georg Kiesinger und der SPD-Politiker Heinz Kühn. Der damalige Chefredakteur des NWDR und spätere SFB-Intendant Walter Steigner sprach den Kommentar.

Auch in den folgenden Jahren orientierten sich die Sendungen des Zeitfunks an der besonderen politischen Lage der Stadt. Ereignisse wie die Tagung der Bundesversammlung sollten die Verbundenheit Berlins mit der Bundesrepublik unterstreichen und fanden deswegen auch im SFB besondere Beachtung. Hierzu bemerkt Hurwitz, daß der Widerstandskonsens der Westberliner beeinflußt wurde dadurch, inwieweit ihre Haltung durch die Westmächte oder die BRD bestätigt oder abgewertet wurde. "Die Häufigkeit und das Gewicht von Prominenten-Besuchen, von Solidaritätserklärungen und von "Sterbende Stadt"-Äußerungen sind meßbar."⁴²

Ebenfalls von großem Interesse für das zwischen den Blöcken befindliche Berlin war der Ungarn-Aufstand. Im Oktober 1956 kam es zu Streiks und Protesten, die die Einsetzung des Reformers Imre Nagy, freie Wahlen, ein Mehrparteiensystem

⁴² Harold Hurwitz, Vortrag über die Einwirkungen zeitgeschichtlicher Entwicklungen auf den Prozeß der Meinungsbildung in der Westberliner Bevölkerung während des Ost-West-Konflikts von 1945 bis zur Gegenwart, gehalten am 17. März 1972 vor dem Fachbereich 15 der FU, S. 13

und die Überprüfung der Arbeitsnormen zum Gegenstand ihrer Forderungen machten. Durch die noch lebendige Erinnerung an den 17. Juni 1953 gab es eine rege Anteilnahme der Berliner Bevölkerung, die sich in Berichten und Interviews niederschlug.

Der Regierende Bürgermeister, Dr. Otto Suhr, wies die Forderung nach einem Einmarsch der Amerikaner in Ungarn als unrealistisch zurück. Militärische Hilfe sei nicht möglich. Am 4. November wurde der Aufstand durch sowjetische Truppen, die vom amtierenden Ministerpräsidenten Ernő Gerő zu Hilfe geholt worden waren, blutig niedergeschlagen. Auch hier zeigte sich wieder, wie schon beim Aufstand des 17. Juni, dass den Westmächten und ihren Statthaltern nichts ferner lag, als das Gleichgewicht des Viermächte-Abkommens ins Wanken zu bringen.

Der Sender Freies Berlin versuchte von Anbeginn, ein Programm zu senden, das eine Mischung darstellte aus Nachrichten, politischen Botschaften und Unterhaltendem bis Belanglosem. Wiewohl zu diesem Zeitpunkt noch keine Hörforschung existierte - überliefert ist nur ein befristeter Versuch von 1955, an exemplarischen Familien die Resonanz auf die Sendung "Rund um die Berolina" zu testen - kann man davon ausgehen, daß das Rezept des SFB-Rundfunks erfolgreich war und er sich rasch in der Stadt etablieren konnte.

Eine Analyse der Hörerbriefe ergab allerdings, daß anfänglich eine Verwechselbarkeit mit dem RIAS moniert und die nunmehr fehlende Anbindung an die Bundesrepublik, die in Gestalt des NWDR gegeben war, vermißt wurde⁴³.

1.5 Kalter Krieg - welche Rolle spielt der SFB in der Medienlandschaft?

Die Gründung des Sender Freies Berlin fiel in die frühe Phase des Kalten Krieges.

Der Begriff "Kalter Krieg" tauchte das erste Mal 1947 in der politischen Debatte auf. Der amerikanische Publizist Walter Lippmann veröffentlichte eine Broschüre

⁴³Vgl. Maral Herbst, Demokratie und Maulkorb, Berlin 2002, S. 202

mit dem Titel "The Cold War. A Study in US Foreign Policy".

Seit dem Ende des II. Weltkrieges waren sich die Siegermächte mit Mißtrauen begegnet. Zunächst noch war Stalin im Mai 1943 den Westmächten mit der Auflösung der Komintern (Kommunistische Internationale) entgegengekommen und hatte damit offiziell seinen Anspruch auf eine "Weltrevolution" aufgegeben. Praktisch sah es aber so aus, daß die Sowjetunion in allen von den Deutschen befreiten Gebieten Osteuropas eine kommunistische Regierungsübernahme vorbereitete. Im Oktober 1947 gelang dies in Polen mit der Machtübernahme durch die Regierung von Boleslaw Bierut, in der Tschechoslowakei im Februar 1948 durch den von Moskau gestützten Klemens Gottwald.

Die Deutschlandfrage war allerdings noch nicht geklärt. Auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 hatte man sich darauf geeinigt, das ehemalige deutsche Reichsgebiet abzüglich der Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie zunächst in vier Besatzungszonen einzuteilen. Die Potsdamer Konferenz im Juli und August '45, die zur Klärung offener Fragen dienen sollte, wurde zum Hort des Konfliktes zwischen den Siegermächten.

Verärgert durch das sowjetische Vorgehen in Osteuropa, hatte der amerikanische Präsident Truman die wirtschaftliche Hilfe für die Sowjetunion gestoppt.

Mit dem Einsatz der Atombombe gegen den ehemaligen Verbündeten Hitler-Deutschlands, Japan, im August 1945 demonstrierte er militärische Stärke. Vier Jahre später, am 29. August 1949, wurde auch die erste sowjetische Atombombe erfolgreich gezündet.

Über all diesen Ereignissen und Zerwürfnissen kam es auf der Konferenz von Potsdam am 2. September 1945 zwar zu einer offiziellen Verkündung des Endes des Zweiten Weltkrieges, nicht aber zu einem Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland.

Vor dem Hintergrund des ideologischen und militärischen Wettrüstens zwischen den beiden großen Mächten USA und Sowjetunion geriet Deutschland und insbesondere Berlin, das unter der Kontrolle der vier alliierten Siegermächte

stand, schnell in den Focus der Auseinandersetzungen.

Nach der ersten Berlin-Krise 1948/49, die durch den Beginn der Währungsreform in den Westzonen am 20. Juni 1948 und die Einführung des Westgeldes in West-Berlin ausgelöst wurde und in der Blockade der Stadt gipfelte, war der 17. Juni 1953 und der Aufstand der Arbeiter aus der Stalinallee gegen die Normerhöhungen das Datum, was für die Stadt Berlin relevant werden sollte. "Die fünfziger Jahre wurden von der Haltung des Kalten Krieges bestimmt. Westberlin war als "Vorposten des Westens" zum Brennpunkt der Ost-West-Spannungen geworden."⁴⁴

Welche Rolle spielte nun der neu gegründete Berliner Sender im Kalten Krieg? Schon durch die Namensgebung hatte der SFB deutlich gemacht, welchen politischen Kurs er einzuschlagen gedachte. Der RIAS hatte es vorgeführt: mit dem Slogan "Eine freie Stimme der freien Welt". Beim Sender Freies Berlin war der Name ebenfalls Programm. Er erhob den Anspruch, für ganz Berlin zu senden - in ideologischer Abgrenzung zur sogenannten "Sowjetischen Besatzungszone" und dem "Berliner Rundfunk". Von Anfang an wurde durch Status und Programm betont, daß die westlichen Alliierten als Befreier, nicht als Besatzer und als Garant für Freiheit und Demokratie gesehen wurden. Es mußte also in Sendungen, Beiträgen und Diskussionen der Status West-Berlins als zur Bundesrepublik Deutschland gehörig herausgestellt werden, um der Diktion der DDR, die von der "selbständigen Einheit West-Berlins" sprach, zu begegnen.

Von daher hatte auch jede politische Demonstration der Zugehörigkeit Berlins zum Westen wie die Tagung der Bundesversammlung ebendort große Resonanz in den Berichten des Senders.

Am 17. Juni 1953, dem für die Stadt so wichtigen Datum, gab es den Sender ja noch nicht; umso mehr musste an den folgenden Jahrestagen das Ereignis aufgearbeitet und entsprechend gewürdigt werden. Die Arbeiter der Stalinallee,

⁴⁴ Harold Hurwitz, Student und Öffentlichkeit, Der 2. Juni aus Westberliner Sicht, S. 36, ZA für empirische Sozialforschung Köln

die Aufständischen, waren Helden, ihre Niederlage eine Zerstörung der Hoffnung auf die Wiedervereinigung Deutschlands.

Drei Jahre später, beim Ungarn-Aufstand im Herbst 1956, war der SFB Zeitzeuge und konnte in vielen Reportagen und Analysen seine Sympathien mit den Aufständischen verdeutlichen.

Die internationale Politik nahm indes eine zögerliche, um nicht zu sagen feige Haltung zur Ost-West-Problematik ein. Am 29.4.1956 äußerte Bundeskanzler Konrad Adenauer auf dem CDU-Parteitag in Stuttgart, dass man zur Wiedervereinigung die Hilfe anderer Völker bräuchte, auch wenn Teile von ihnen mit der jetzigen Situation einverstanden seien⁴⁵.

Am 17. Juni 1956 rief der Bezirksbürgermeister von Steglitz, Fritz Hansemann, im SFB die Menschen in der Zone und in Ost-Berlin dazu auf, nicht zu verzweifeln und appellierte an den Westen, nicht nachzulassen im Streben nach Einheit und Freiheit.

Auf der anderen Seite erklärte Otto Grotewohl am 2.11.1956 vor der Volkskammer, dass die Bundesregierung einen aggressiven Kurs eingeschlagen habe, blutrünstige SS-Offiziere in der Bundeswehr tätig wären und im übrigen der Versuch, die deutsche Frage zu lösen, zum Weltkrieg führen würde...Propagandaschlacht und Kalter Krieg von beiden Seiten.

In einem Vortrag über "Publizistische Arbeit in Berlin" hatte der damalige Chefredakteur des SFB, Dr. Ludwig Eberlein, im September 1955 den Auftrag des Senders eindeutig formuliert:

"Immer wieder erhalten wir Kraft und Auftrieb durch die Vorstellung, daß wir auch für die unsichtbare Leser- und Hörerschaft der Sowjetzone arbeiten...Wir bringen nicht nur täglich Kommentare, die speziell für die Sowjetzone geschrieben sind, wir geben auch in unserem Nachrichtenteil den Informationen Raum, die aus der Zone kommen und von der Zone handeln..."⁴⁶

Im Editorial des SFB-Jahrbuchs von 1957 nahm der damalige Intendant, Walter

⁴⁵ Bericht vom CDU-Parteitag im SFB-Hörfunk, 29.4.1956, SFB Hörfunk-Archiv

⁴⁶ Dr. Ludwig Eberlein, Publizistische Arbeit in Berlin, DRA Potsdam, zitiert in: Maral Herbst, Demokratie und Maulkorb

Geerdes, Stellung zum selben Thema:

“Der Berliner Sender hat nicht nur wie die Rundfunksender der anderen deutschen Länder sein eigentliches Sendegebiet, das Land Berlin, mit Rundfunk zu versorgen, sondern er muß darüber hinaus täglich und stündlich seiner Aufgabe als Mittler zwischen den getrennten Teilen Deutschlands gerecht werden.

Der SENDER FREIES BERLIN ist kein Staatssender; unabhängig und überparteilich wirkt er, seiner staatspolitischen Bedeutung entsprechend, durch Sachlichkeit und Wissen weit über den Groß-Berliner Raum hinaus.”⁴⁷

Diese Aussage zeugt von einem Widerspruch in der Definition der öffentlich-rechtlichen Anstalt. Wenn der SFB kein Staatssender sein sollte, konnte und mußte er zwar unabhängig und überparteilich sein, durfte dann aber keine staatspolitische Bedeutung haben. Indem er aber per definitionem das Ziel verfolgte, im Sinne der westlichen Deutschlandpolitik auf den Osten einzuwirken, entthob er sich der Unabhängigkeit vom Staat und der Überparteilichkeit. Vielmehr folgte er als Institution der Ideologie der im Nachkriegsdeutschland herrschenden Parteien. Der Anspruch, durch den SFB die westliche Politik zu repräsentieren, war an sich legitim und Ausdruck der bürgerlichen Öffentlichkeit; dann durfte dieses Bestreben aber nicht als unabhängig und überparteilich gewertet werden.

Die erste Sendereihe, die das SFB-Fernsehen produzierte und die ab 1956 in der ARD ausgestrahlt wurde, hieß “Mitteldeutsches Tagebuch” und entsprach exakt dem Sendungsauftrag, “Mittler zwischen den getrennten Teilen Deutschlands”⁴⁸ zu sein. Mit Bildern aus den ehemaligen Ostgebieten sollte regelmäßig auf den Verlust hingewiesen und die Erinnerung an die nun in der DDR bzw. Polen liegenden Städte und Landschaften wachgehalten werden. Die Bezeichnung “polnisch verwaltete Ostgebiete”⁴⁹ implizierte eine Nichtanerkennung der politischen Tatsachen und die Hoffnung auf eine mögliche Revision des

⁴⁷ SFB-Jahrbuch 1957/58, S. 7

⁴⁸ s.o.

⁴⁹ Mitteldeutsches Tagebuch vom 18.8.1956, SFB-Fernseharchiv

Potsdamer Abkommens.

1.6 Die andere Seite - DFF und Kalter Krieg

So wie der Aufbau des Rundfunks in Westdeutschland nach dem Krieg durch die westlichen Alliierten nach dem staatsfernen Prinzip organisiert wurde, vollzog sich der Neubeginn in Ostdeutschland nach den Vorstellungen der Sowjetischen Besatzungsmacht und mündete in einen staatlich gelenkten Rundfunk, dessen Inhalte von den Beschlüssen des Politbüros diktiert wurden.

Die wichtigste Aufgabe des staatlichen Rundfunks der DDR bestand in der ideologischen Einbindung in das sozialistische Lager und der Bekämpfung des Klassenfeindes. So sollte z.B. nach einem Beschluß des Politbüros vom 15.1.1952 dem öffentlichen Abhören feindlicher Sender, insbesondere des RIAS und NWDR, entgegengewirkt werden⁵⁰. Inhaltlicher Schwerpunkt der Sendungen des Berliner Rundfunks und des Deutschlandsenders war die "Entlarvung der Kriegstreiber in Westdeutschland und in Berlin (West)" sowie der "Aufbau des Sozialismus".

Zu einer regelrechten Propagandaschlacht mit dem Westen kam es anlässlich der Ereignisse vom 17. Juni 1953. Der Aufstand wurde in den DDR-Medien als faschistischer Putschversuch bezeichnet, der durch den RIAS mit initiiert worden sei. In der Folge wurden Störsender aufgestellt, mit denen der Empfang der Westberliner Sender erfolgreich beeinträchtigt werden konnte. Neben dem Versuch technischer Sabotage mußte aber auch das Programm so gestrickt sein, daß es die vermuteten und tatsächlichen Angriffe der Westsender auf die Errungenschaften des Arbeiter- und Bauernstaates parieren konnte. Hier gewann nach der Gründung des SFB auch die Berlin-Berichterstattung an Bedeutung. Der Berliner Rundfunk gab auf Anordnung des Sekretariats der SED am 29. Juni 1955 die Parole aus, daß das zweite Programm "verstärkt den Kampf um die Gewinnung der Westberliner Bevölkerung führen und sie zu Aktionen gegen die

⁵⁰ Vgl. Maral Herbst, Demokratie und Maulkorb, Berlin 2002, S. 65

Frontstadtpolitik und gegen die imperialistische Spionage- und Mörderorganisation mobilisieren solle⁵¹.

Für das Jahr 1957 ist dokumentiert, daß die Redaktionen des Berliner Rundfunks auf der Grundlage der Direktiven der 30. Tagung des ZK der SED arbeiten sollten. Als Ziel war das Ringen um die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse in Berlin und ganz Deutschland formuliert. Gemäß der Einschätzung, daß in Berlin beide Gesellschaftssysteme hart aufeinander träfen, sollte in "den aktuellen Sendungen mit großer Wissenschaftlichkeit gearbeitet und in der ständigen Auseinandersetzung der sozialistischen Ideologie zum Siege verholfen werden..."⁵²

Die DDR-Regierung war überdies bestrebt, sich kritisches Potential im Westen zunutze zu machen und dadurch ihre Ideologie zu stützen. Alles, was Agitation gegen den Klassenfeind war, war per se für das Ost-Regime interessant und es wurde versucht, daraus politisches Kapital zu schlagen. Die Aktuelle Kamera, die Nachrichtensendung des DFF, berichtete zwischen dem 2. und 5. Januar 1959 über den in West-Berlin stattfindenden Studentenkongress gegen atomare Aufrüstung - eine Meldung, die im West-Fernsehen, also beim Sender Freies Berlin, völlig unter den Tisch gefallen war.

Bereits am Vortag des Kongresses meldete ADN:

"Die Gegner der Bonner Atombewaffnung werden auf dem morgen beginnenden "Studentenkongreß gegen Atomaufrüstung" in Westberlin hart mit Kräften zu ringen haben, die den Kongreß in eine antikommunistische Demonstration verwandeln wollen. Das ergibt sich aus Erklärungen, die heute Mittag auf einer Pressekonferenz des von rechten Sozialdemokraten beherrschten vorbereitenden Ausschusses abgegeben wurden. Die aggressiven Thesen des Westens zur Berlin-Frage und Hetze gegen die Justiz der DDR sollen im Widerspruch zu dem Kongreßgegenstand in den Vordergrund gespielt werden,

⁵¹ Anordnung des Sekretariats der SED v. 29.6.1955, Bundesarchiv Berlin, zitiert in: Maral Herbst, Demokratie und Maulkorb

⁵² Bundesarchiv Berlin, Beschlußvorlage 14/57 v. 01.03.1957, zitiert in: Maral Herbst, Demokratie und Maulkorb, S. 169

das war jedenfalls den Erklärungen des Westberliner Studenten und Mitglieds des vorbereitenden Ausschusses, Manfred Rexin, zu entnehmen.

Darüber hinaus hat der vorbereitende Ausschuß in ideeller Übereinstimmung mit dem Westberliner Bürgermeister Willy Brandt, auf einen bis vor wenigen Tagen noch geplanten Fackelzug über den Kurfürstendamm verzichtet.

Gleichzeitig wurde bekanntgegeben, daß die Abschlußkundgebung am Sonntagnachmittag von einer 3.500 Personen fassenden Ausstellungshalle in das um dreiviertel kleinere Casino am Funkturm verlegt worden ist.

Die sozialdemokratische "Westfälische Rundschau", Dortmund, hebt hervor: "In den drei Noten findet sich kein einziger Satz, der darauf schließen ließe, daß der Westen bereit sei, liebgewonnene Wünsche und Vorstellungen aufzugeben."⁵³

In der Tat wandte sich der "Studentenkongreß gegen Atomaufrüstung" nur gegen die westdeutsche Atombewaffnung. Dies gab ADN und der DDR-Regierung die Möglichkeit, von der atomaren Bewaffnung der Sowjetunion und der DDR abzulenken. Die eigenen militaristischen Bestrebungen wurden in diesem Zusammenhang wohlweislich verschwiegen.

Am 2. Januar, dem ersten Tag des Kongresses, brachte die AK ein Interview mit Professor Havemann:

"In einem ADN-Interview nahm Prof. Dr. Havemann, Direktor des Instituts für Physikalische Chemie an der Humboldt-Universität, Vorsitzender der Strahlenschutz-Kommission beim Wissenschaftlichen Rat für die friedliche Anwendung der Atomenergie und Mitglied des Präsidiums des Deutschen Friedensrates, zum Studentenkongress gegen atomare Aufrüstung Stellung, der gegenwärtig in Westberlin stattfindet.

Frage: Welche Bedeutung messen Sie, Herr Professor, dem Studentenkongress gegen atomare Aufrüstung bei?

Havemann:

Der Studentenkongress, der mit Unterstützung der bedeutendsten Westberliner Physiker stattfindet, ist von internationaler Bedeutung.

⁵³ ADN-Meldung v. 1.1.1959, DRA Potsdam

Dieser Kongress, der auf Initiative einer Gruppe von Studenten und Professoren in Westberlin durchgeführt wird, ist ein ebenso wichtiges Ereignis wie die Erklärung der Göttinger Achtzehn und der Protest der großen Gruppe von Wissenschaftlern und Künstlern der Bundesrepublik gegen die Atomgefahr, mit der die Bewegung "Kampf dem Atomtod" in Westdeutschland eröffnet wurde.

Frage:

Welche Möglichkeit sehen Sie insbesondere für den Wissenschaftler, einen entscheidenden Beitrag im Kampf gegen die Atomkriegsgefahr zu leisten?

Havemann:

Die Verurteilung der Atomwaffen und die Ablehnung der Politik Adenauers wird heute in der Bundesrepublik am entschiedensten gerade von den Wissenschaftlern vertreten, d.h. von den Männern, die aus Sachkenntnis die Größe der uns drohenden Gefahren beurteilen können. In der Einschätzung der Atomgefahr und besonders der Gefahr einer atomaren Aufrüstung in Deutschland sind sich die deutschen Wissenschaftler in Ost und West einig. Die Adenauer-Gruppe und von ihr abhängige Politiker wie Brandt scheuen keine Mittel, diese Bewegung zu unterdrücken. Sie fürchten sich vor der neuen Entwicklung der internationalen Politik. Sie fürchten sich vor dem britischen Plan der militärisch verdünnten Zone in Europa und vor einer friedlichen Regelung nach Art des Rapacki-Planes. Selbstverständlich wird im Zuge dieser Entwicklung sich auch die Berliner Situation ändern. Die bisherige Frontstadt-Politik wird ihr Ende finden. Ich bin überzeugt davon, daß dieser Kongreß trotz der Verleumdungskampagne, die gegen ihn geführt wird, eine äußerst positive Wirkung auf die politische Atmosphäre der Stadt ausüben wird. Die Sache, um die es geht, ist viel zu ernst, als daß sie unter dem engstirnigen Gesichtswinkel parteipolitischen Gezänks betrachtet werden könnte. Alle Kräfte in den verschiedenen Westberliner Parteien, die das blinde Nachbeten der Adenauer-Thesen satt geworden sind, werden durch diese Demonstration des guten Willens ermutigt werden, das ist die Basis, auf der gerade unter den Wissenschaftlern aus Ost und West Kontakte geschaffen werden können, die zwar nicht nach Lemmers Geschmack sind, aber

eine der realen Möglichkeiten darstellen, daß wir in Deutschland über Lebensfragen unseres Volkes in ein ehrliches Gespräch kommen.“⁵⁴

Zwar ist der DFF der Meinung, daß die Initiative der West-Berliner Studenten und Professoren, darunter die Wissenschaftler Otto Hahn und Carl Friedrich von Weizsäcker, zu begrüßen ist, geht aber lieber doch nicht soweit, einen ihrer Vertreter zu Wort kommen zu lassen. Da hält man sich lieber an bewährte “sozialistische” Kräfte, in diesem Fall Prof. Havemann, der der Initiative ihre Nützlichkeit für die Entwicklung der internationalen Politik, insbesondere für die Klärung des Berlin-Status, bescheinigt.

Die atomare Aufrüstung war seit der Zündung der ersten Atombomben 1945 das wesentliche Mittel der Abschreckung im Kalten Krieg.

Die Physiker hatten dabei offensichtlich die Rolle des Zauberlehrlings übernommen; so wie Einstein schon von der Nutzung der Kernenergie für kriegerische Zwecke negativ überrascht wurde, hatten auch Havemann und seine westlichen Kollegen vor, für eine ausschließlich friedliche Nutzung der Atomenergie zu plädieren.

Bemerkenswert ist in dieser Phase das Bestreben und die Hoffnung auf östlicher Seite, eine Wiedervereinigung unter den Vorzeichen des Kommunismus zu erreichen - unter Berufung auf den Rapacki-Plan, der nach dem Vorschlag des polnischen Außenministers Adam Rapacki vor der UNO im Oktober 1957 Deutschland als neutrale, atomwaffenfreie Zone (ursprünglich Mitteleuropa inklusive Polens) sehen wollte.

Am 3. Januar 1959 vermeldete die Aktuelle Kamera wieder einen Erfolg: “Der Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. Hartke, der von der Kongressleitung eine Gastkarte erhalten hatte, wohnte am Nachmittag den Beratungen im Arbeitsausschuss Atomrüstung und Wiedervereinigung bei. Mit Beifall begrüßt hob er in einem Diskussionsbeitrag die vielen Fragen hervor, in denen zwischen den Gegnern der Atomrüstung an den westdeutschen Universitäten und den Studenten und Professoren der DDR Einigkeit besteht. Es

⁵⁴ ADN-Interview v. 2.1.1959, DRA Potsdam

komme jetzt darauf an, weitere Fragen zu formulieren und sie in Diskussionen unter Beteiligung beider Seiten zu klären. Im Hinblick auf die Wiedervereinigung müsse zweckmäßigerweise von den vorhandenen Vorschlägen ausgegangen werden. Prof. Dr. Hartke rief im weiteren Verlauf seines Beitrages dazu auf, die systematische Verbreitung des volksverdummenden Antikommunismus zu bekämpfen”⁵⁵.

Ob man von einem Bündnis der Intellektuellen aus Ost und West sprechen kann, sei dahingestellt; was aber keinesfalls gesichert ist, ist die Behauptung, daß es weiterreichende Gemeinsamkeiten als die Ablehnung des Einsatzes von Atomwaffen gab. Im Gegenteil, die Verknüpfung der Forderung nach atomarer Ab- bzw. Nichtaufrüstung mit der Forderung nach einem vereinigten, neutralen Deutschland hielt einige, darunter auch SPD-Politiker Helmut Schmidt, von der Teilnahme am Kongreß ab. In der Ausgabe der AK vom 4. Januar wurden die Nachrichten noch demagogischer:

“Zu einer Kampfansage an den Westberliner regierenden Bürgermeister Willy Brandt wurde heute die Eröffnungssitzung des Westberliner Studentenkongresses gegen Atomrüstung.

Dr. Erich Müller-Gangloff, ein Mitvorsitzender des Arbeitsausschusses gegen den Atomtod in Westberlin, forderte unter dem Beifall der Studenten den Westberliner Bürgermeister auf, die in Berlin gegebene einzigartige Chance zur Entspannung wahrzunehmen und das Steuer herumzureißen.

Der evangelische Theologie-Professor Dr. Helmut Gollwitzer wandte sich scharf gegen die Behauptungen Brandts, ein Kongreß gegen die Atomaufrüstung sei unter den derzeitigen Umständen in Westberlin problematisch. Er wies darauf hin, daß die Verschärfung der internationalen Lage eine Folge der Atombewaffnung sei.

Willy Brandt, der dem Kongreß ferngeblieben ist und lediglich seinen Stellvertreter im SPD-Landesvorstand, Kurt Mattick, entsandt hatte, ist es nicht gelungen, die Tagung in eine antikommunistische Demonstration zu verwandeln.

⁵⁵ Aktuelle Kamera v. 3.1.1959, Manuskripte des DRA

Der Studentenkongreß gegen Atomrüstung in Westberlin hat heute mittag in einer Schlußerklärung in Bonn gefordert, Verhandlungen zwischen den Regierungen der Bundesrepublik und der DDR über einen Friedensvertrag mit Deutschland und eine Konföderation der beiden deutschen Staaten zu beginnen. Der außerordentlich wichtige Beschluß wurde mit großer Mehrheit gefaßt, obwohl Vertreter des Westberliner Bürgermeisters Willy Brandt mit wütenden Vorstößen dagegen protestiert hatten.

Von Konferenzbeobachtern aus dem In- und Ausland wird dem Beschluß höchste Wichtigkeit für ganz Deutschland - weit über den akademischen Rahmen hinaus - zugemessen. Es wird mit der seinerzeit Aufsehen erregenden Erklärung der 18 Göttinger Atomphysiker verglichen.

In einer allgemeinen Schlusserklärung, die vom Kongreß einstimmig angenommen wurde, kennzeichnen die Studenten die atomare Ausrüstung der Bundeswehr als ein entscheidendes Hindernis für eine Entspannung in Mitteleuropa.

In der Erklärung wird darauf hingewiesen, daß die Zeit mehr denn je danach drängt, die explosive Lage in Mitteleuropa zu entschärfen.

In diesem Zusammenhang wurde der Rapacki-Plan über eine atomwaffenfreie Zone und die ersten Erfolge der Genfer Konferenz⁵⁶ über die Beendigung der Kernwaffenversuche begrüßt.⁵⁷

Der Text der am 4. Januar vom Kongreßplenum angenommenen Resolution lautete wie folgt:

“Die weltpolitische Lage wird in Kürze die beiden Teile Deutschlands zwingen, miteinander zu verhandeln. Damit solche Verhandlungen möglich werden, ist es nötig, daß Formeln wie “mit Pankow wird nicht verhandelt” aus der politischen Argumentation verschwinden. Das Ziel notwendiger Verhandlungen, die bisher stets von der Bundesregierung ungeprüft zurückgewiesen wurden, muß sein:

1. Die Umrisse eines Friedensvertrages zu entwickeln,

⁵⁶Die Genfer Konferenz zeitigte in ihrem Ergebnis keine nennenswerten Erfolge. Zu einem Beschluß über einen Teststopp für Atomwaffen kam es nicht.

⁵⁷ Aktuelle Kamera vom 4.1.1959, Manuskripte DRA Potsdam

2. Die möglichen Formen einer interimistischen Konföderation zu prüfen.⁵⁸

In einer späteren Analyse gehen Rabehl, Lönnendonker u.a. davon aus, daß der Studentenkongreß gegen Atomrüstung ein Beleg dafür war, daß die antimilitaristischen und antifaschistischen Stimmungen im SDS sich immer deutlicher äußerten und daß die parlamentarische Demokratie als ganze zunehmend kritisiert wurde.⁵⁹

Am letzten Tag des Kongresses, dem 5. Januar, wurde in der Aktuellen Kamera folgendes Résumé gezogen:

“Unter dem Wahrzeichen des Berliner Funkturms wurde am Sonntag der Antiatomkongress der Studenten von 20 Hochschulen Westdeutschlands beendet.

Ohne Debatte forderten die Studenten in einer Resolution die Ausarbeitung eines Friedensvertrages auf der Basis einer Konföderation.

Die westdeutsche Studentenschaft ist der jahrelangen Hetze nicht erlegen. Sie fordert in ihrer Entschließung, daß die Ignorierung der DDR aus der politischen Argumentation zu verschwinden hätte. Die atomare Aufrüstung wurde einmütig abgelehnt.”⁶⁰

An der Berichterstattung im DFF zum Kongress gegen atomare Aufrüstung in West-Berlin läßt sich exemplarisch belegen, wie Nachrichtensendungen in der DDR zu Propagandasendungen zweckentfremdet wurden. Es wurde gar nicht erst versucht, den Anschein der Sachlichkeit und Neutralität zu erwecken. Ein wichtiges Mittel war dabei die Pauschalisierung: “Die westdeutsche Studentenschaft...” Es ging ja schließlich nach eigener Definition um eine gute Sache, um das hehre Ziel des Sozialismus. Da verlor man schon mal den eigentlichen Ansprechpartner, die Arbeiterklasse, aus den Augen und war offensichtlich froh, Unterstützung bei den westlichen Intellektuellen zu finden. Demgegenüber zog der SFB es vor, in diesem Zeitraum über die Sylvester-

⁵⁸ Aus: Tilman Fichter/Siegward Lönnendonker, Kleine Geschichte des SDS, Berlin 1977, S. 56

⁵⁹ Die Provokationselite - Der SDS und die sozialen Bewegungen in den 50er und 60er Jahren, Archiv APO und soziale Bewegungen, Online-Dokumentation, S. 21, <http://web.fu-berlin.de/APO-archiv/Online/SDSPROVO.htm>

⁶⁰ Aktuelle Kamera v. 5.1.1959, Manuskripte DRA Potsdam

Bilanz, den ADAC und Christliche Kunst zu berichten. Der Kongreß gegen atomare Aufrüstung war ihm weder im Rundfunk noch im Fernsehen einen Bericht wert.

Eine Wahrnehmung kritischer Stimmen, wie sie Studenten und Professoren auf dem Anti-Atom-Kongress äußerten, hätte nicht ins politische Konzept gepaßt. Zudem verstand die Berliner Abendschau sich in ihren Anfängen, wie bereits erwähnt, als "bunte Sendung" für den Berliner Durchschnittsbürger. Mit politischen Themen beschäftigte sie sich notgedrungen erst, als diese auf der Tagesordnung standen. Nach dem ohne Folgen verstrichenen Chruschtschow-Ultimatum herrschte eine trügerische Ruhe bis zum 13. August 1961, als der SFB und die von ihm zu informierenden Zuschauer von den Ereignissen überrascht wurden. Wie Karl-Eduard von Schnitzler in seinem Kommentar an selbigem Tag hervorhob, hatte man die Handlungsfähigkeit der DDR-Regierung unterschätzt; um die Lage richtig einzuordnen, hätte es eines vorurteilsfreien, nicht von antikommunistischer Ideologie geprägten Diskurses in den westlichen Medien bedurft.

1.7 Lokale Berichterstattung in Funk und Fernsehen - "Rund um die Berolina" und Gründung der "Berliner Abendschau"

Im Nachkriegs-Rundfunk erfreute sich bald eine Sendung größter Beliebtheit, die ebenfalls nach dem Motto "buntes Programm" gestrickt war.

Am 12. Februar 1948 ging die erste Ausgabe der "Berolina" auf Sendung. Sie dauerte zehn Minuten und war eine Mischung aus Musik, Kurznachrichten und Themen wie: "Der Kalender der Berliner Hausfrau". Eine weitere Rubrik war die "Aktuelle Welle", Thema: Mitbenutzung von Nebenräumen durch eingewiesene Untermieter".

Am 4. März 1948 beschäftigte sich der "Kalender der Hausfrau" mit der Frage, wie man Ostern ohne Eier auskommt.

Es wird berichtet, dass Oberbürgermeister Reuter den Wanderpreis als meist

interviewte Persönlichkeit entgegennahm.

Am 20. Juni 1951 wurde bereits die 1000. Sendung gefeiert. Es gab Glückwünsche von Bürgermeister Walter Schreiber und kabarettistische Einlagen mit Walter Gross und Brigitte Mira.

Die 1500. Sendung am 23. Februar 1953 stand unter dem Motto: "Das ist die Berliner Luft". Es gab Parodien auf die politische Prominenz, u.a. brachte Wolfgang Neuss eine Parodie auf den "teutschen Geist" und die Rolle Berlins. Moderiert wurde die Jubiläumssendung von Harald Karas.

Am 12. Februar 1958 gratulierten zur 10-Jahresfeier AFN, RIAS und alle Anstalten der ARD in einer einstündigen Sendung.

Die 3500. Sendung am 17.11.1959 brachte Einspieler aus der ersten Sendung mit Kurznachrichten und aktueller Welle und ein Interview mit Frau Ringelnatz zum 25. Todestag des Dichters.

1958 war das Jahr, in dem die "Berliner Abendschau" aus der Taufe gehoben wurde. Als Vorbild dienten die Regionalprogramme der westdeutschen Sender. Der Anspruch an die kommunalpolitische Redaktion des SFB war, "den Hörer in Ost und West...an dem Entwicklungsprozeß der deutschen Hauptstadt durch lebendige Berichterstattung teilhaben zu lassen und ihn damit zur Mitwirkung am politischen Geschehen unserer Stadt anzuregen."⁶¹

Sendestart war am 1. September 1958. Bei einer Sendedauer von insgesamt 9'46 Minuten wurde über erhöhte Flugtarife und die Polizeischau im Olympiastadion berichtet. Außerdem gab es eine Sportnachlese über Tennis und Wassersport.

Am 2. September war moderne japanische Malerei das Thema sowie ein spektakulärer Mordfall.

Am 10. September gab es Berichte über Kriminalität in Deutschland, die Berufsschule für Metallarbeiter in Kreuzberg und das neu erbaute Hansaviertel. Mit diesen und ähnlichen Themen sendete sich die "Berliner Abendschau" in die

⁶¹ Chefredakteur Rolf Menzel in: SFB-Jahrbuch 1957/58, S. 17

Herzen des Durchschnitt-Berliners, der wissen wollte, was in seiner Stadt passiert.

Schon bald sollten politische Themen ein größeres Gewicht innerhalb der Sendung erhalten und rückten vermehrt an erste Stelle:

Am 27. November 1958 ließ Chruschtschow eine "Bombe" platzen, indem er das Viermächte-Abkommen für ungültig erklärte, den Abzug der Siegermächte forderte und Berlin in eine entmilitarisierte Freie Zone umwandeln wollte.

Das sogenannte "Chruschtschow-Ultimatum" beherrschte die Berichterstattung des SFB in Rundfunk und Fernsehen. Die "Abendschau" sendete am 27.11.1958 die Regierungserklärung Willy Brandts mit einem eindeutigen Bekenntnis zur Anbindung West-Berlins an die westlichen Alliierten.

Im SFB-Jahrbuch von 1959 wurde eine positive Bilanz der Einführung der "Berliner Abendschau" gezogen und rückblickend festgehalten:

"Zu den Sonderaufgaben, die im Berichtjahr...zu erfüllen waren, gehörten die tägliche Kommentierung der Ereignisse während der Genfer Konferenzen, die Sondersendungen zur Wahl am 7. Dez. 58, tägliche Berichte von der Industrieausstellung, den Filmfestspielen und den Berliner Festwochen."⁶²

Besonders hervorgehoben wurde die große Resonanz auf die wöchentliche Sendereihe "Nur eine Stunde bis Berlin" (Berichte aus der Mark Brandenburg).

Der SFB war also seit dem 1. September 1958 in der Lage, eine bimediale Berichterstattung durchzuführen und in Ton **und** Bild seinem Auftrag, "Stimme der Freiheit für die Brüder und Schwestern in Mitteldeutschland zu sein",⁶³

nachzukommen. Die von Negt/Kluge aufgestellte These, daß

Massenkommunikation, insbesondere über das Fernsehen, dadurch

gekennzeichnet ist, "daß sich ein großes heterogenes Publikum relativ

gleichzeitig Aussagen aussetzt, die eine Institution durch Medien übermittelt,

wobei das Publikum dem Sender unbekannt ist"⁶⁴, findet hier ihre praktische

⁶² SFB-Jahrbuch 1959, S. 64

⁶³ Vgl. Maral Herbst, Demokratie und Maulkorb, S. 146

⁶⁴ Vgl. Negt/Kluge, Öffentlichkeit und Erfahrung, S. 175, zitiert aus: Otto N. Larsen, Social Effects of Mass Communication, in: Handbook of Modern Sociology, Chicago 1966

Anwendung in der Tatsache, daß der SFB via Funk und Fernsehen den individualisierten Berliner Zuhörer und Zuschauer mit Aussagen konfrontierte, die seinem ideologischen Auftrag entsprachen. Dabei wurde ein politischer Konsens des Publikums vorausgesetzt, nämlich der des Antikommunismus.⁶⁵

1.8 Die Macht der Bilder - verdrängt das Fernsehen den Hörfunk?

Erklärtes Ziel des damaligen Intendanten des SFB, Walter Geerdes, war im Geschäftsjahr 1959/60 die Bündelung aller Kräfte für die Ausgestaltung des Fernsehens. Zu diesem Zeitpunkt gab es in Deutschland erst 2 Millionen angemeldeter Fernsehteilnehmer (zum Vergleich: in England waren es 8,5 Mio.) Dabei hatte insbesondere Berlin viel aufzuholen - bei einer Programmbeteiligung von 9 Prozent innerhalb der ARD standen dem SFB jahrelang nur 5 Prozent der Gesamteinnahmen des Deutschen Fernsehens zu.

Am 1. Oktober 1958 löste Hans-Herbert Fischer den langjährigen Programmdirektor Alfred Braun ab.

In einem Vorwort zum SFB-Jahrbuch 1958/59 skizzierte Fischer die künftige Bedeutung von Rundfunk und Fernsehen:

“Im gleichen Umfang, in dem diese Zahl (der Fernsehteilnehmer, Anm. d. Autorin) weiter steigt, wird sich die Relation zwischen der Zahl der Rundfunk- und Fernsehgeräte zugunsten des Fernsehens verschieben. Aber noch lange wird speziell im Berliner Raum die Situation die sein, dass der Rundfunk seine Position neben dem Fernsehen behaupten wird und muß. Die Ausstrahlung der beiden Hörfunkprogramme des SFB nach Ost-Berlin und in die sowjetisch besetzte Zone beinhalten eine eminent politische Aufgabe.”...

...”Dabei kann natürlich auf die Abstimmung mit dem Fernsehprogramm nicht verzichtet werden, aber “Rundfunk in der Defensive “ wäre eine falsche Sicht der Dinge, es ist Aufgabe des Rundfunks, seine Positionen dort auszubauen, wo sie

⁶⁵ Daß dieser Konsens wirklich bestand, weist Hurwitz in “Die politische Kultur der Bevölkerung und der Neubeginn konservativer Politik” nach

echt sind und sich deutlich vom Fernsehen abgrenzen lassen...”

...”Auch für das Fernsehen gilt die besondere Aufgabe Berlins, hier in doppelter Richtung nach Mitteldeutschland der Information und Aufklärung und in die Bundesrepublik hinein in dem Sinne, immer wieder Aussage zu vermitteln über die ehemalige Reichshauptstadt, um zu zeigen, daß sie nicht nur ein politischer, sondern auch ein kultureller und wirtschaftlicher Begriff ist”⁶⁶.

Hervorzuheben ist hier die Identifikation des Senders mit Berlin und vice versa. Der Berliner Sender hatte, nunmehr auch durch sein neues Medium, das Fernsehen, die Aufgabe, aufklärerisch in Richtung der DDR-Bürger zu wirken und gleichzeitig die Bedeutung Westberlins für die Bundesrepublik nachzuweisen.

Insbesondere bei der ersten großen Bewährungsprobe für den Sender Freies Berlin, der Berichterstattung über den Mauerbau am 13. August 1961, wurde deutlich, daß sowohl das Fernsehen durch die Aussagekraft der Bilder als auch der Rundfunk durch die Eindringlichkeit der Stimmen und die Möglichkeit der Live-Reportage “rund um die Uhr” für alle Berliner ihre parallele Daseinsberechtigung unter Beweis stellen konnten.

Im weiteren Verlauf zeigte sich aber auch, daß die Wirkung der Bilder, also das Fernsehen, eine ungleich größere war und die Manipulationsmöglichkeiten vielfältig.

Dabei erweckt die Tatsache, daß es überhaupt Bilder gibt, zunächst den Anschein der Objektivität. Der Rundfunkhörer muß sich ja selbst ein “Bild” machen, d.h. es bleibt seiner Phantasie überlassen, sich zu den Worten des Reporters die Personen, Dinge und Vorgänge vorzustellen. In dem Moment, wo die Bilder vorgegeben sind, wird dem Zuschauer die Vorstellung und das Denken abgenommen; er hält das Gesehene für authentisch. Die Suggestion wird durch die Kommentierung verstärkt, denn in dem Moment, wo ein Beitrag gesprochen wird, dominiert das Gesagte und holt sich die Bestätigung scheinbar im Bild. Auch Widersprüche können so verschleiert werden, denn durch eine schnelle

⁶⁶ SFB-Jahrbuch 1958/59, S. 7

Schnitttechnik hat der Zuschauer keine Gelegenheit, die Bilder auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu überprüfen. Luhmann weist darauf hin, daß das Fernsehen zwar beim Filmen an die Realzeit des Geschehensablaufs gebunden ist - danach aber ist der Subjektivität Tür und Tor geöffnet:

...”Auch hier gibt es zahlreiche Möglichkeiten des gestaltenden Eingriffs - Aufnahme mit mehreren Kameras und Montage, Wahl der Perspektive und der Bildausschnitte und natürlich: Auswahl der für Sendung ausgewählten Geschehnisse und Sendezeit.”⁶⁷

Diese Kunst der Manipulation der Bilder beherrschte die Propaganda des Nationalsozialismus perfekt - man denke nur an die Wochenschauen in den Kriegsjahren, in denen zu Durchhalteparolen Bilder des bereits zerbombten Berlin zu sehen waren.

Dieses “Vorbild” hatte das Nachkriegsfernsehen mit Sicherheit nicht. Dennoch muß festgehalten werden, daß allein durch die Tatsache, daß für eine nachrichtenmäßig aufgebaute Sendung wie z.B. die “Berliner Abendschau” die Beiträge in einer bestimmten Länge vorliegen müssen, das Geschehene nicht eins zu eins wiedergegeben, sondern eine Vorauswahl getroffen wird. Dies wiederum bedeutet, daß z.B. aus einer halben Stunde Kameramaterial ein Beitrag in der Länge von 1'30" erstellt wird. Für diese Reduktion werden Bilder ausgewählt und durch den Schnitt montiert. Hierbei gibt es verschiedene journalistische Herangehensweisen; man kann z.B. zunächst die Bilder montieren und dann einen Text erstellen oder umgekehrt erst den Text verfassen und dazu passende Bilder heraussuchen. Daß es dabei nicht objektiv zugehen kann, wäre schon dadurch zu beweisen, daß fünf verschiedene Journalisten aus einem Thema fünf verschiedene Beiträge erstellen würden.

Mit der Einführung des Fernsehens im Jahre 1955 und der Berliner Abendschau im Regionalprogramm des SFB im Jahre 1958 jedenfals boten sich dem Sender hervorragende Möglichkeiten der Zuschauergewinnung, und zwar, wie von Programmdirektor Fischer explizit gesagt wurde, auch der Zuschauer in

⁶⁷ Niklas Luhmann, Die Realität der Massenmedien, S. 79

Ostberlin und der DDR. Ein wichtiger angestrebter Effekt war außerdem die visuelle Anbindung der sich durch das Viermächte-Abkommen in einer Insellage befindlichen ehemaligen Reichshauptstadt.

In dem Maße, wie sich dann das Fernsehen etablierte, nahm die Bedeutung des RIAS für die Stadt ab, mußte sich dieser doch nur auf den Rundfunk beschränken.

Die fünfziger Jahre waren also geprägt von einer Positionierung und ideologischen Verfestigung nicht nur der Systeme in Ost und West, sondern auch ihrer medialen Propagandawerkzeuge. Am 17. Juni 1953 hatte der RIAS noch den Part des "Agent provocateur" gespielt - ein Jahr später konnte der SFB im Rückblick diesen Tag würdigen, ohne dem Vorwurf ausgesetzt zu sein, manipulativ auf ein aktuelles Geschehen einzuwirken. Der 17. Juni wurde und wird bis heute als das historische Datum gesehen, an dem das Schicksal des deutschen Volkes sich nochmals hätte wenden können. Die Frage, ob sich bei einer Nichteinmischung der Sowjetunion der in der DDR lebende Teil des deutschen Volkes für den "Sozialismus" oder den Kapitalismus entschieden hätte, wird bis auf den heutigen Tag gerne diskutiert. Die westliche Einschätzung des Aufstandes der Arbeiter gegen die Normerhöhungen ging davon aus, daß die DDR-Bevölkerung das System an sich in Frage stelle bzw. daß man den Aufstand mit entsprechender Agitation in diese Richtung lenken könne. Hier setzte der RIAS an, indem er nicht nur permanent über die Ereignisse informierte, sondern auch direkt oder indirekt dazu aufrief, den Sturz des Regimes zu betreiben. Als allerdings klar war, daß die Sowjetunion eine Neuorientierung Ostdeutschlands nicht dulden würde und die westlichen Alliierten deswegen keinen Krieg riskieren wollten, mußte auch der RIAS zurückrudern und zur Mäßigung aufrufen. Die Funktion der Sendungen zum Jahrestag des Aufstands, wie sie ab dem 17. Juni 1954 auch beim SFB fester Bestandteil des Programms waren, ging dahin, zum einen die Erinnerung an die Ereignisse wachzuhalten und zum anderen die Möglichkeit ins Auge zu fassen,

daß es nochmals zur einer Protestbewegung in der DDR kommen könnte. Am 17. Juni 1961 lief in der ARD ein Beitrag des SFB mit dem Titel "Was wissen wir von Deutschland?"

Die Journalistin Eva Müthel eröffnete die Sendung mit den Worten:

"Mitten durch Deutschland läuft eine Grenze. Die Zonenmachthaber bezeichnen ihn als Staatsgrenze...und sie haben nichts unversucht gelassen, um dieser Grenze Endgültigkeit zu verleihen. Wir wehren uns mit Recht dagegen. Wir wissen, daß die Teilung unseres Landes die Folge eines Krieges ist, der von Deutschen entfesselt wurde...Aber genausowenig steht es uns an, diese Teilung als unwiderruflich hinzunehmen"⁶⁸.

In einer Diskussionsrunde mit Jugendlichen aus Ost und West - Gruppe 1, Mitteldeutschland und Gruppe 2, Bundesrepublik genannt - werden die Unterschiede zwischen beiden deutschen Staaten thematisiert. Ausgehend von einer Definition der Ereignisse am 17. Juni 1953, im Westen als "Aufstand" bezeichnet und in der "Zonenpresse" "faschistische Provokation" genannt, werden die Nachteile des DDR-Systems demagogisch aufgeführt:

Schüler Gruppe 2: "Der Bundestag ist durch freie Wahlen zustande gekommen."

Müthel: "Danke schön! Und wie ist die Volkskammer zustande gekommen?"

Diese rhetorische Frage bleibt unbeantwortet. Es folgt eine Nachhilfestunde zum Thema Oder-Neiße-Linie: nach westlicher Definition eine Demarkationslinie bis zum Abschluß eines Friedensvertrages, nach östlicher Sprachregelung eine "Friedensgrenze".

Der Vergleich eines Bildes des Expressionisten Carl Hofer mit einem Werk des sozialistischen Realismus soll den Unterschied zwischen freier und staatlich indoktriniertes Kunst belegen. Interessant hierbei ist, daß die zu diesem Zeitpunkt nicht entnazifizierte Bundesrepublik - selbst im Journalismus gab es eine personelle Kontinuität - sich auf dem Gebiet der Kunst mit den von den Nationalsozialisten verfolgten Expressionisten identifizierte, während die angeblich entnazifizierte DDR mit dem sozialistischen Realismus direkt an die

⁶⁸ Was wissen wir von Deutschland? SFB-Beitrag in der ARD v. 17.6.1961, SFB-Fernseharchiv

nationalsozialistische Kunst anknüpfte. Daß es auch darüber hinaus eine Parallele der Systeme (Nationalsozialismus/Stalinismus) gab, soll hier nicht weiter vertieft werden.

Ein weiteres einschneidendes Ereignis für das geteilte Deutschland war der ungarische Volksaufstand im Herbst 1956. Obwohl sich die Unruhen nicht in einem direkten Nachbarland abspielten, fühlten sich die Deutschen in Ost und West betroffen. Die DDR-Bürger, weil sie mit dem Aufstand auch eine Hoffnung auf Veränderung für sich selbst verbanden und die Westdeutschen, weil sie jede Erschütterung der Sowjetmacht begrüßten und sich dadurch eine Chance auf die Wiedervereinigung ausrechneten.

Auf der anderen Seite fürchtete man aber eine negative Wendung in der Berlin-Frage, konnte man sich bei der Sowjetunion nicht sicher sein, ob sie "nur" machterhaltende oder womöglich expansionistische Ziele verfolgte.

Am 23.10.1958 beschäftigte sich eine in der ARD ausgestrahlte Sendung des SFB mit der verpaßten Chance: unter dem Titel "Zum Jahrestag des ungarischen Volksaufstandes" wurde der mißglückte Aufstand dokumentiert. Unter Verwendung von Bildmaterial, das vermutlich bis dato noch nicht im Deutschen Fernsehen zu sehen war, wurde der Freiheitskampf der Ungarn geschildert. Die Forderungen nach allgemeinen, freien und gleichen Wahlen sowie Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit scheiterten wie zuvor schon in Polen und in der DDR an der Dominanz der Sowjetunion. Dabei spielte die entscheidende Rolle, daß die im "Mutterland des Sozialismus" nach dem Tode Stalins begonnene "Entstalinisierung" nicht die erhoffte Demokratisierung erbracht hatte.

Diese beiden Sendungen sind beispielhaft für die ideologische Auseinandersetzung des Westens mit dem Ostblock in den fünfziger Jahren. "Was wissen wir von Deutschland" führte die Jugendlichen aus dem östlichen Teil Deutschlands als uninformierte Deppen vor, während die West-Jugendlichen über das System in der DDR gut Bescheid wußten. Bei jeder Gelegenheit stellte

die Moderatorin die Überlegenheit der Bundesrepublik heraus und attackierte gezielt die Schwachstellen der Planwirtschaft und des Wahlsystems.

Der Bericht über den Ungarn-Aufstand hatte, wie auch die jährlich wiederkehrenden Sendungen über den Aufstand vom 17. Juni 1953, eine Erinnerungsfunktion. Der SFB als Frontstadtsender hatte die Aufgabe, bei den Zuschauern im Westen keine Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der "Brüder und Schwestern aus dem Osten" aufkommen zu lassen und sie anzuhalten, sich nicht mit der Teilung Deutschlands abzufinden. Die Zuschauer im Osten wiederum sollten zum Widerstand ermutigt werden, auch wenn die Lektion des 17. Juni und des Ungarn-Aufstands zunächst eine bittere war. Als Statthalter der ARD in Westberlin, dem neuralgischen Punkt Nachkriegsdeutschlands, erfüllte der SFB den Auftrag, der Entfremdung der Deutschen in beiden Staaten entgegenzuwirken und für die Wiedervereinigung zu werben. Aus Sicht der DDR handelte es dabei um illegale Abwerbungsversuche.

In der Tat führte die Attraktivität des westlichen "Wirtschaftswunders" mit den gewährten Freiheiten zu einer hohen Abwanderungsrate der Ostdeutschen durch das "Schlupfloch" Berlin. Den ersten Vorstoß, dieses zu schließen, unternahm Chruschtschow mit seinem Ultimatum vom 27. November 1958. Hierin erklärte er die Abkommen über die Besatzungszonen in Deutschland und die alliierte Verwaltung Berlins für ungültig. Hintergrund war das Bestreben, der DDR zu einer Kontrolle über die Zufahrtswege nach Berlin zu verhelfen, um den ständig ansteigenden Flüchtlingsstrom und damit das Ausbluten der DDR zu verhindern.

Das Ultimatum war mit einer militärischen Drohung verbunden; jede Verletzung der Grenzen der DDR würden als ein Angriff auf die Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes betrachtet und mit den entsprechenden Gegenmaßnahmen beantwortet.

Der Westen spielte auf Zeit; er wollte Gespräche über die europäische Sicherheit und die deutsche Wiedervereinigung aufnehmen.

Hurwitz stellt den Unterschied zwischen verbalem und gegenständlichem Druck heraus; war die Blockade von 1948 ein gegenständlicher Druck gewesen, auf den die Westmächte entsprechend starke Gegenmaßnahmen ergriffen hatten, so reagierten sie auf den verbalen Druck des Chruschtschow-Ultimatums vergleichsweise schwach.⁶⁹

Chruschtschow lenkte schließlich ein und modifizierte das Ultimatum dahingehend, daß er den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten forderte, dessen Unterzeichnung alle Besatzungsrechte des Westens aufheben würde.

Trotz intensiver Verhandlungen bei der Außenministerkonferenz in Genf kam es zu keiner Lösung der Berlin-Frage; ein Besuch Chruschtschows bei Eisenhower hatte die Aufhebung des Ultimatums ohne Erfüllung der Forderungen zur Folge. An dieser Krise bedrohlichen Ausmaßes zwischen den Staaten des Warschauer Paktes und der NATO läßt sich ablesen, wie das Prinzip des Wettrüstens zwischen Ost und West funktionierte. Die sogenannte Raketenlücke der Amerikaner, der die Übermacht der Atombomber, Mittelstrecken-Raketen und Raketen mit interkontinentaler Reichweite gegenüberstand, mußte natürlich schleunigst geschlossen werden. Um dies zu legitimieren, kam die Berlin-Krise gerade recht. Der Anspruch der USA, als Schutzmacht zu agieren, erforderte das größtmögliche Rüstungspotential. Umgekehrt konnte natürlich der Ostblock jedes Nachrüsten mit der aggressiven Bedrohung aus dem Westen legitimieren. Das Thema Wiederbewaffnung und insbesondere die Aufrüstung mit taktischen Atomwaffen führte in Ost und West zu kontroversen Diskussionen unter Wissenschaftlern und Studenten. Die Möglichkeit, eine Vereinheitlichung der Bewegung herzustellen scheiterte aber an den Maximalforderungen nach einem Friedensvertrag und nach einer Konföderation beider deutscher Staaten. Hier ist anzunehmen, daß der Warschauer Pakt das weitaus größere Interesse an einer Ab- bzw. Nichtaufrüstung hatte, da diese zu große Kapazitäten der Planwirtschaft band.

⁶⁹ Harold Hurwitz, Vortrag über die Einwirkungen..., S. 10

Vor dem ökonomischen Hintergrund war auch der Bluff Chruschtschows zu sehen, der ein weiteres Zusammenrücken der Bundesrepublik und Westberlins zur Folge hatte. Die kommunistische Bedrohung war wieder manifest geworden, und auch wenn sie in diesem Fall ohne Folgen geblieben war, mußte der Westen auf der Hut sein. Insbesondere der SFB hatte die Rolle eines Seismographen, was Veränderungen zum Nachteil des Westteils der Stadt anbelangte. Die Abendschau verzeichnete sämtliche Aktivitäten Ost-Berlins. Obwohl es einige Cassandra-Rufe in der Presse gegeben hatte, wie den SPIEGEL-Artikel von Jens Daniel vom 12. Juli 1967 oder den Artikel von Marion Gräfin Dönhoff in der ZEIT vom 4. August 1961, hatten aber weder der Sender Freies Berlin noch die Politiker der Stadt damit gerechnet, was am 13. August 1961 geschah: die DDR errichtete eine Mauer zwischen Ost- und Westberlin. Wie beide Autoren vorausblickend geschrieben hatten - nur den Zeitpunkt vermochten sie nicht exakt vorauszusagen - folgte die Sowjetunion einer inneren Logik, als sie das DDR-System und damit auch ihr eigenes mit dieser Grenze abschottete. Daniel hatte der Berlin-Politik des Westens einen gut Teil Schuld an der Entwicklung gegeben, weil das Programm des "roll-back" militärisch und politisch nicht konsequent verfolgt worden wäre. Das konsequente Aufrüsten der Bundesrepublik und die Forderung nach taktischen Atomwaffen leisteten den Vorwand für das Bedrohungsszenario des Ostens. Solange Amerika nicht direkt von den Sowjets angegriffen würde, würde es auch nicht zurückschlagen. Gräfin Dönhoff hatte das Desinteresse der Bundesrepublik an der Berlin-Frage kritisiert und fragte:

"Sind wir wirklich ein so total geschichtsloses Volk geworden, daß keine Vision uns mehr aufzuschrecken vermag, auch nicht das Bild der verlorenen Ostgebiete und eines in zwei deutsche Staaten geteilten Landes? Zwei Staaten, die sowenig miteinander zu tun haben wie Holland und Belgien, die auch einst eine Einheit waren? Wir, ein Volk, zu dem die Geschichte so deutlich gesprochen hat!"⁷⁰

⁷⁰ Marion Gräfin Dönhoff in der ZEIT v. 4.8.1961, aus: Die Mauer oder der 13. August, hrsg. v. Hans Werner Richter, S. 45